

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2, - ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 2. Juli 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Nollets Nachfolger in Berlin.

General Walsh.

Paris, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In dem heute Dienstag abgehaltenen Ministerrat kündigte der Minister des Innern die Vorbereitung eines weitgehenden Personalwechsels in den höheren Verwaltungsstellen an...

General Walsh zum Vorsitzenden der Interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin ernannt. Walsh gehört der Kommission bereits seit einiger Zeit als Mitglied an.

Der Ministerrat hat ferner den wegen seiner republikanisch-demokratischen Gesinnung bei den Regierungen des Nationalen Blochs entlassenen General Sarrail wieder in die aktive Armee eingereiht.

Paris, 1. Juli. (W.T.B.) General Walsh, am 17. Mai 1870 in Röhhausen im Elsaß geboren, besuchte das Polytechnikum und spezialisierte sich in der Artilleriewaffe.

Ein Erfolg der Poincaristen.

Paris, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Bei der Wahl der Vorsitzenden der Parlamentarischen Kommissionen wurde der Kandidat des Linken Blocs Franklin Bouillon zum Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses gewählt.

Die Wahl Roginots erfolgte mit 21 gegen 16 Stimmen, woraufhin die Sozialisten beschloßen, in der Heereskommission keines von den Vizepräsidentenmandaten anzunehmen.

Die Generalinspektion.

Die günstige Aufnahme der deutschen Antwort.

London, 1. Juli. (W.T.B.) Der Pariser Berichterstatter des Reuters-Bureaus meldet, der allgemeine, durch die deutsche Note in den zuständigen alliierten Kreisen erzeugte Eindruck sei keineswegs ungünstig.

England und die Antwortnote.

London, 1. Juli. (W.T.B.) Wie Reuters erfährt, hat das Foreign Office die deutsche Antwortnote noch nicht erhalten.

und ferner als ein Zeichen, daß Deutschland mit den Alliierten zusammenzuarbeiten wünsche.

London, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Es beschäftigten sich am Dienstag nur „Daily Mail“ (Hauptblatt) und „Manchester Guardian“ (linksliberal) ausführlicher mit der deutschen Antwort.

Die deutsche Antwort genügend und befriedigend sei. Die Begrenzung der Kontrolle könne von den Alliierten in dem von Deutschland geforderten Sinne angenommen werden.

Zwei Wochen Londoner Konferenz. Kein Ultimatum.

London, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Da inzwischen fast alle eingeladenen Staaten die Einladung zu der Londoner Konferenz angenommen haben, kann der Beginn der Verhandlungen am 16. Juli endgültig als gesichert gelten.

Die Form der Zulassung Deutschlands zur Konferenz ist noch nicht gefunden.

Voraussichtlich wird der erste Teil der Konferenz ausschließlich mit Verhandlungen der Alliierten ausgefüllt. Nach erfolgter Einigung unter ihnen soll Deutschland eingeladen werden.

Die besänftigte Preußenkrise.

Die Volkspartei ist zwar die Nationalliberale Vereinigung losgerissen, aber der nationalliberale Geist wühlt in ihr weiter.

Die Organe, die seinerzeit der Nationalliberalen Vereinigung sekundierten, sind eifrig dabei, Stimmung zu machen für eine Preußenkrise.

Die Sozialdemokratische Partei sieht diesen Bemühungen zur Herbeiführung einer Preußenkrise mit Gelassenheit zu.

Die Organe, die seinerzeit der Nationalliberalen Vereinigung sekundierten, sind eifrig dabei, Stimmung zu machen für eine Preußenkrise.

Die Organe, die seinerzeit der Nationalliberalen Vereinigung sekundierten, sind eifrig dabei, Stimmung zu machen für eine Preußenkrise.

Die Organe, die seinerzeit der Nationalliberalen Vereinigung sekundierten, sind eifrig dabei, Stimmung zu machen für eine Preußenkrise.

Micum-Vertrag und Preisabbau.

Das Micum-Abkommen mit dem Ruhrbergbau ist hoffentlich zum letztenmal, erneut für einen Monat verlängert worden.

Von allen Verträgen, die mit der interalliierten Kommission abgeschlossen worden sind, war fraglos dieses neue Abkommen das schwierigste.

Der Weg, den die Regierung damit beschritten hat, ist grundsätzlich richtig. Ein Preisabbau muß in der einen oder anderen Form ermöglicht werden.

Der Weg, den die Regierung damit beschritten hat, ist grundsätzlich richtig. Ein Preisabbau muß in der einen oder anderen Form ermöglicht werden.

Bei der Würdigung der Belastung, die der Kohlenbergbau erfährt, kann nicht oft und nicht nachdrücklich genug darauf hingewiesen werden, daß dieseleisen Kreise, die heute die Micum-Verträge zu unterzeichnen gezwungen sind, früher als verschiedene Gegner jeder Erfüllungspolitik auftraten.

Bei der Würdigung der Belastung, die der Kohlenbergbau erfährt, kann nicht oft und nicht nachdrücklich genug darauf hingewiesen werden, daß dieseleisen Kreise, die heute die Micum-Verträge zu unterzeichnen gezwungen sind, früher als verschiedene Gegner jeder Erfüllungspolitik auftraten.

Bei der Würdigung der Belastung, die der Kohlenbergbau erfährt, kann nicht oft und nicht nachdrücklich genug darauf hingewiesen werden, daß dieseleisen Kreise, die heute die Micum-Verträge zu unterzeichnen gezwungen sind, früher als verschiedene Gegner jeder Erfüllungspolitik auftraten.

sich seit jeher gegen eine Katastrophopolitik gewandt hat, für die Klagen der Bergbauunternehmer wenig Verständnis haben.

Die Lösung, die die Micum-Frage vorläufig gefunden hat, gibt fraglos auch zu mancherlei Bedenken Anlaß. Die neue Belastung des Reichsetats, der sogar von den internationalen Sachverständigen für die ersten Jahre als schonungsbedürftig erklärt worden ist und seinen Reparationszahlungen ausgesetzt werden sollte, ist durchaus unerwünscht und auf längere Dauer nicht erträglich.

Besser wäre es freilich gewesen, wenn man bei den letzten Micum-Verhandlungen der Endlösung im Ruhrbergbau überhaupt nähergekommen wäre. In dieser Hinsicht sollte die Meldung zu denken geben, wonach die französischen Unterhändler bei den deutschen Vertretern den Ansehen erweckten, als ob sie die Anweisungen Herriots zu durchkreuzen suchten. Es ist uns natürlich nicht möglich, die Richtigkeit der Meldung nachzuprüfen. Der Gang der Verhandlungen selbst spricht in hohem Maße dafür. Proben doch die Auseinandersetzungen schon beim Beginn an der Hartnäckigkeit zu scheitern, mit der die französischen Unterhändler ihre Konzeptionen von vornherein begrenzten. Aber selbst wenn diese Beobachtung nur ein Eindruck wäre, wie er bei Verhandlungen auch ohne jede Nebenabsicht leicht entstehen kann, bleibt es bedauerlich, daß ein solcher Eindruck bei der Behandlung einer Frage entstehen konnte, die die Interessen des ganzen deutschen Volkes berührt. Es ist eben unerträglich, wenn die Aufrechterhaltung der deutschen Kohlenproduktion abhängig gemacht wird von Unterhandlungen privater Interessenten mit untergeordneten Organen der internationalen Regierungen, welche letztere jahrelang die Politik Poincarés vertreten haben. Die Verhandlungen über die Reparationslösung müssen endlich aus diesen privaten Interessentenbesprechungen in verbindliche internationale Abmachungen von Regierung zu Regierung übergeleitet werden, die eine Mißdeutung ausschließen. Die Annahme des Dawes-Gutachtens bietet dafür die Voraussetzung. Wenn heute der Bergbau sich in der schwierigen Situation befindet, die von der Regierung anerkannt wird, wenn wir nicht schon wesentlich weiter in der Reparationsfrage sind, so ist das die Schuld jener reaktionären Politiker, die aus lauter Liebhaberei mit den Deutschen das Zustandekommen einer aktionsfähigen Regierung lange verhindert und geschwankt haben, ob man das Gutachten annehmen soll oder nicht. Auch hier ist es die Sozialdemokratie gewesen, die zuerst die Notwendigkeit der Annahme des Gutachtens erkannt hat, während in dem Lager der Rechten ebenso wie bei den Kommunisten die lautesten Schreier gegen jede vernünftige Lösung der Krise sind. Auf ihnen lastet die Verantwortung für die Verschleppung der Micum-Frage mit allen ihren Folgerungen für die Lage der Arbeiterschaft des besetzten Gebietes. Sie sind die Verantwortlichen dafür, wenn der Ruhrbergbau nicht schon aufgehört hat, als „produktives Pfand“ ein besonderes Objekt kapitalistischer Ausbeutung zu dienen. In diese Reihe, besonders an ihre Nachbarn von rechts, müssen sich die Unternehmer des Ruhrbergbaues halten, wenn sie noch immer über die Belastung des besetzten Gebietes Klage führen.

Reichsregierung und Micum-Verträge.

Das Reich übernimmt die Hälfte der Micumlast.

Amlich wird mitgeteilt: Die Verhandlungen der Sechserkommission und der Micum in Düsseldorf über die Verlängerung der am 30. Juni ablaufenden Micum-Verträge haben sich außerordentlich schwierig gestaltet und drohen bis zum letzten Augenblick, mit einem ergebnislosen Abbruch zu endigen. Die Reichsregierung hatte bezeichnend schon vor dem 15. Juni bei der französischen und belgischen Regierung den Antrag gestellt, an Stelle der Abmachungen zwischen der Micum und den privaten Kohlenzweigen Vereinbarungen zwischen den betei-

ligten Regierungen treten zu lassen. Die Reichsregierung hatte für diesen Fall in Aussicht gestellt, daß sie selbst die Kohlenlieferungen wieder übernehmen und an der Finanzierung mitwirken würde. Dieser Antrag ist jedoch durch eine Note der französischen und belgischen Regierung vom 26. Juni abgelehnt worden mit dem Hinweis, daß es sich nur um technische Vereinbarungen handle, die auch mit der Micum getroffen werden könnten, und daß die Micum die Instruktion erhalten habe, alle begründet erscheinenden Anträge der deutschen Industriellen zu berücksichtigen.

Bei den Verhandlungen zwischen der Sechserkommission und der Micum am 28. Juni hat sich von Anfang an gezeigt, daß die Micum die Möglichkeit einer Beteiligung Frankreichs und Belgiens an der Finanzierung der Kohlenlieferungen, für die bei den vorangegangenen diplomatischen Besprechungen in Paris eine Aussicht eröffnet worden war, nicht verfolgen, und daß sie im wesentlichen auf einer unveränderten Verlängerung der Micum-Verträge bestehen will, und zwar auf eine kalendermäßig unbegrenzte Zeit. Die von der Micum angebotenen Erleichterungen der Kohlensteuer und einiger Nebenprodukte waren so geringfügig, daß sie nur etwa ein Zehntel der gesamten Micum-Lasten ausmachten, und diese Erleichterungen waren überdies an die Bedingung geknüpft, daß die Micum-Verträge bis zum Inkrafttreten des Sachverständigen-Gutachtens oder bis zum 1. Oktober verlängert werden. Sollte das Sachverständigen-Gutachten bis dahin nicht in Kraft treten, so sollten die Verträge stillschweigend — jedoch mit einem Kündigungsrecht — weiterlaufen. Die Kohlenzweige haben dieses Verlangen nicht annehmen können, da sie, wie allgemein anerkannt, durch die siebenmonatlichen Micum-Lasten in eine so angepannte Finanzlage gekommen sind, daß sie eine weitere monatliche Belastung von 50 Millionen bis 60 Millionen Mark nicht weiter tragen könnten. Die Reichsregierung hat den Kohlenzweigen daher eine Verlängerung der Micum-Verträge auf deren eigene Kosten allein nicht mehr weiter zumuten können.

Andererseits konnte die Reichsregierung nicht zulassen, daß im Falle eines Abbruchs der Verhandlungen das besetzte Gebiet neuen Sanktionen, Willkürakten und Betriebsstilllegungen ausgesetzt wird und daß im besetzten Gebiet Konflikte heraufbeschworen werden, die auf die gesamte politische Situation kurz vor dem Zusammentritt der Londoner Konferenz die verhängnisvollsten Folgen hätten haben müssen. Die Reichsregierung hat sich daher dem Kohlenbergbau gegenüber bereit erklärt, für den Monat Juli

die Hälfte der Micum-Lasten zu übernehmen.

unter der Voraussetzung, daß die von der Micum in Aussicht gestellten unzureichenden Erleichterungen noch erweitert werden und daß die Verlängerung der Micum-Verträge auf den Monat Juli beschränkt wird. Die Reichsregierung hat sich aus den oben dargelegten Gründen zu einer finanziellen Beihilfe für einen Monat entschlossen, obwohl die Finanzlage des Reichs eine solche Beihilfe auch nur für einen Monat an sich nicht zuläßt; eine Beihilfe für eine längere oder gar für eine unbegrenzte Zeit kann bei der Finanzlage des Reichs nicht verantwortet werden. Die Reichsregierung hat nicht unterlassen, von der Tatsache dieser finanziellen Beihilfe die französische und belgische Regierung noch während der Verhandlungen mit der Micum zu unterrichten und sie um eine entsprechende entgegenkommende Weisung an die Micum zu bitten. Gleichwohl ist die Micum von ihrem Standpunkt einer Verlängerung auf unbegrenzte Zeit nicht abgegangen. Das einzige, was sie zugestanden hat, ist, daß die Verträge jeweils zum Monats-Schluss gekündigt werden können.

Die Sechserkommission hat schließlich am 30. Juni in später Nachtstunde dies annehmen müssen in der Erwägung, daß ihr immerhin die Möglichkeit geblieben ist, durch eine Kündigung ihre Verpflichtungen gegenüber der Micum auf die Zeit zu beschränken, für die ihr eine finanzielle Beihilfe des Reichs zugesprochen worden war, nämlich für den Monat Juli.

Der Verlauf der Micum-Verhandlungen hat den Beweis erbracht, wie berechtigt der seit Wochen dringend vorgebrachte Wunsch der Reichsregierung war, über diese Frage von Regierung zu Regierung zu verhandeln. Es ist nicht richtig, daß es sich in Düsseldorf nur um technische Fragen, wie es in der französisch-belgischen

Antwortnote heißt, handelt. Ein Konflikt in der Micum-Frage im gegenwärtigen Augenblick wäre nicht auf die technische Frage der Kohlenlieferungen beschränkt geblieben, sondern hätte die weitestgehenden Auswirkungen auf die allgemeine Politik gehabt, die die Micum als technische Behörde nicht berücksichtigen konnte oder wollte.

Da obendrein angesichts der bevorstehenden Londoner Konferenz und im Hinblick auf die allseitigen Bemühungen für eine möglichst rasche Wirksammachung des Sachverständigen-Gutachtens die Reichsregierung damit rechnen muß, daß der Übergangszustand mit Ablauf Juli sein Ende findet, hat sie der Sechserkommission heute anheimgegeben, das Abkommen schon jetzt auf den 31. Juli zu kündigen.

20 Proz. Preisermäßigung für Ruhrkohle.

Essen, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das Ruhrkohlen-Syndikat hat am Dienstag beschlossen, die Kohlenpreise um 20 Proz. herabzusetzen. Eine Einschränkung der Förderung findet nicht statt. Die Senkung der Kohlenpreise erfolgt in dem Bestreben, die verlorengegangenen Absatzgebiete zurückzugewinnen.

Basillenkurs.

Die „Völkische Zeitung“ meldet, daß dem bisherigen württembergischen Bevollmächtigten in Berlin, dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hildebrand, der am 1. November 1918 von dem seinerzeitigen Staatspräsidenten Bloch ernannt wurde und sich seitdem die Anerkennung aller unvoreingenommenen Kreise erworben hatte, die Verlegung in den zeitlichen Ruhestand nahegelegt sei mit der „Begründung“, in der nächsten Zeit sei auf diesem Posten eine „steuerlich und juristisch durchaus geschulte Kraft“ notwendig. Wie wir von unserem Stuttgarter Mitarbeiter dazu erfahren, ist diese Meldung von den Tatsachen bereits überholt. Das württembergische Staatsministerium hat nach einer solchen vorausgegangenen lebenswürdigen Aufforderung jetzt den Bevollmächtigten Hildebrand auf Grund der Abbauperordnung abgebaut. Herr Basille bezieht sich also, die Ausräucherung von Sozialdemokraten unter den sadenfeindlichsten Gründen vorzunehmen. Das Zentrum in Württemberg scheint diesen „Basillenkurs“ nur allzu gerne mitzumachen. Die eigentümliche Anwendung der Abbauperordnung wird jedenfalls noch zu Erörterungen im württembergischen Landtag führen.

Matteottis Vorgänger im Opfertod.

Man untersucht jetzt auch ein paar frühere Faschistenmorde.

Rom, 1. Juli. (Eca.) Die Untersuchung über die Vorgeschichte der Ermordung Matteottis wurde auch auf die Attentate gegen die Abgeordneten Amendola, Risuri, Mattoloni und auf die Zerstörung der Villa des früheren Ministerpräsidenten Ritti ausgedehnt. In allen diesen Fällen wurde seinerzeit die behördliche Untersuchung abgebrochen.

Keiner will Dumini verteidigen.

Rom, 1. Juli. (Eca.) Alle Advokaten, die bisher von Dumini ersucht wurden, seine Verteidigung zu übernehmen, haben den Auftrag abgelehnt; darunter befindet sich auch der Abgeordnete von Cremona Farinacci, der als faschistischer Extremist bekannt ist. Auch alle Verteidiger, die vom Gericht amtlich aufgefordert wurden, haben sich unter verschiedenen Vorwänden der Aufgabe entzogen.

Fingiz Schweigen erkaufte.

Nalond, 1. Juli. (Eca.) Nach einer Meldung des „Rondo“ wurde der frühere Staatssekretär des Innern, Fingiz, wegen seines Drohbrieves, in dem er Enthüllungen über hohe faschistische Persönlichkeiten in Aussicht stellte, aus dieser Partei ausgeschlossen, später aber, nachdem er zugesichert hatte, sich zu ändern, wieder aufgenommen. So erklärte sich das Stillschweigen, das Fingiz in der letzten Zeit beobachtete.

Müllerand und Poincaré sind zu Mitgliedern des Ehrenrates der Anwaltskammer gewählt worden.

Zu Klopstocks 200. Geburtstag.

Ein Hause miserabler Deutscher verdingt sich in diesen Tagen, da der Geist Friedrich Gottlieb Klopstocks 200 Jahre alt wird, wieder an einem tüchtigen Manne. Allerhand verworrene Großdeutsche wollen der Welt heute einreden, daß Klopstock ein großmäuliger Patriot, Verherrlicher des Krieges und der Fürstentherrschaft, ein Frömmel und Franzosenfresser gewesen ist. Wer den seligen Mann und sein Werk kennt, weiß, daß all dieses Reden Lüge ist. Klopstock gehört zu den Innigen und Aufrichtigen der deutschen Dichtung. Der „Messias“, den er befang, ist die Phantasie eines schlichten Mannes, der die Aufklärung liebte, der dem Dunkelmännertum fremd blieb und nur zeigen wollte, wie sich in der Menschheit der Glaube von der reinen Nächstenliebe bewährt hat. Indem Klopstock den satanischen Geist der Hölle gegen den hellen Liebesgeist wütend läßt, bekundet er seine Neigung zur Verhöhnlichkeit und zum Frieden. Denn es ist nicht der Geist des Jornes und der Rache, der über die Erde steigt, sondern das Ingenium der Güte.

Diese schlichten und natürlichen Keilwörtergedanken hat Klopstock auch in das Politische übertragen. Es ist ein großes Verdienst, wenn er in seinen Oden und Betrachtungen für das Los des kleinen Mannes aus dem Volke Verständnis zeigt. In seine Zeitgenossen waren zufrieden, wenn sie in Kleinbürgerlicher Begabtheit von kleinlichen und selbstfüchtigen Fürsten behütet wurden. Klopstock dachte viel weiter und über die Grenzen seines thüringischen Vaterlandes hinaus. Er war ein Europäer und Weltbürger, schon vor der französischen Revolution. Als die Revolution von 1789 Wahrheit wurde, da begrüßte Klopstock die Pariser Vorgänge mit Begeisterung. Die Demokraten von Paris suchten, was sie taten, als sie Klopstock zum Bürger ihrer neuen Republik ernannten, als sie mit gleicher Ehre den Jugenddichtung und die Umsturzgedanken des revolutionären „Käuber“-Dichters Schiller bedachten. Den ersten Zeiten des demokratischen Kampfes folgte in Paris der terroristische Blutvergießen, dem Tausende von Bürgern geopfert wurden. Klopstock verzogte den Kopf, als er diese Ereignisse betrachtete. Als die Deutschen ihn aber aufforderten, den Franzosen seinen Bürgerbrief zurückzuschicken, da weigerte er sich. Er war erfüllt von der geschichtsphilosophischen Erkenntnis, daß aus dem Chaos die menschliche Glückseligkeit gerettet werden kann.

Klopstock ist unter den deutschen Dichtern des 18. Jahrhunderts der erste gewesen, der nicht kleinberzig und feril den einzigen Räjungen seiner Zeit, den Inhabern der winzigen Fürstenthrone, huldigte. Er war ein stolzer Schriftsteller, und da es ewig in ihm siedete, so sang es auch ewig aus ihm. Die Rustallid seiner Verse ist außerordentlich groß. Gewiß, da er sich an jedes geringe Erlebnis klammerte, um es seiner Nachfahren in ständiger Chronik aufzubewahren, versief er leicht der Handwerkererei, aber in den um-

langreichen Bänden seiner Oden stehen blendende Prosastücke, geniale Andachtsübungen vor der Natur, geharnischte Wendungen gegen menschliche Dummheit und Tollheit. Als größte Dummheit der Menschheit entlarvte Klopstock den Krieg, den er immer wieder bekämpfte, für den er hundert Ausdrücke der Beschimpfung und der Schmähung erfand. Er ist kein Wauwau gewesen wie allerhand völkische Trupps, die auf deutschen Kanzeln und in deutschen Hochschulen heute predigen, glauben machen möchten. Er war ein Prediger des Bürgermuts, des starken Geistes und des Freiheitsglaubens. Da er keine Predigten in großer Form des Dichterischen bilden konnte, ist er auch heute noch der Unsterblichkeit bei jenen sicher, die das Buch der Vergangenheit mit Dank aufschlagen.

Nochmals das verlorene Paradies.

Mein lieber Bormdres! In Nr. 297 vom 26. Juni 1924 bespricht Hans Weismann ein „wissenschaftlich Wert“ von einem gewissen Franz von Wendrin, der in diesem Werk „nachweist“, daß die Wiege der Menschheit ausgerechnet in Medlenburg gefunden hat. Da dieser Fr. v. W. nun allem Anschein nach ein Deutschösterreichischer ist, öffnest Du Weismann Deine Spalten und läßt ihn die Schöle seines Spottes über den armen Nationalhelden ausgleichen. Das ist wirklich nicht schön von Dir und man sollte doch auch dem politischen Antipoden Gerechtigkeit widerfahren lassen, um so mehr, wenn er, wie es allem Anschein nach der Fall ist — recht hat. Als ich die Wisse gelesen habe, war ich ganz erstaunt über Deine geringe literarische Bildung, denn kein anderer, wie ein ganz richtig gehender Medlenburger hat schon vor fast 60 Jahren nachdrücklich bewiesen und beschrieben, „daß die Weltgeschichte ihren Ursprung in Medlenburg genommen und daß das verlorene Paradies dortselbst gelegen hat“. Der dies tat, war kein anderer als Frh. Reuter, der in seiner „Urgechicht von Medlenburg“ ganz schlüssig beweist, daß es so und nicht anders war.

Die eigentlich historische Urgechicht, die Frh. Reuter seinerzeit im Jahre 1860 im Klostergarten in Stolp bei Anklam unter etwas „erschwerenden Umständen“ zusammen mit seinem Freund, dem Entschepfer Knischky fand, ging leider damals verloren, sie wurde „auf dem letzten Harzmarkt aus Bromberg von dem Inwohner der Menschheit tou'm Res-inwickeln verbrucht“, aber Frh. hat die Geschichte im Kopfe behalten und sie aus dem Gedächtnis niedergeschrieben, und deshalb brauchst Du also nicht zu spotten, wenn nunmehr ein anderer Schriftsteller, der vielleicht verschiedene Bogen von dem damaligen „Res-Inwickelpapier“ im Nachhinein seiner abligen Vorfahren gefunden hat und neu entdeckt, was schon 1860 „bewiesen“ war.

Im Kapitel „Von der Erschaffung der Welt“ heißt es bei Beginn: „Als uns Herrgot die Welt erschaffen deh, lung bei hi Medlenborg an un tworfen von de Hffesrd her, und makte dat eigenhändig forig, up de ein Sid bet Nohesborg und Ewerin, up de anner Sid bet Stembogen un Bromberg.“ Und im dritten Kapitel „Von dat Paradies“ zitiert er die Worte des alten Edelmannes, die dieser geschrieben hatte: „Kewer de Bog von dat Paradies is all dillings vel streiden worden, aewer nah de bestimmten Nachrichten aus minem Delleroater Noah und nah de Meinung von mine ganze Famil un

unser ganze Sippschaft was dat Paradis in Medlenborg un is at noch hit und desen Dag dor, wenigstens für die Ridderhoff.“

Wiso, lieber Bormdres, Du kannst nicht verlangen, daß ich Deiner Unwissenheit zuliebe die ganze Urgechicht von Medlenborg zitiere, Du kannst sie ja selbst nachlesen, aber Du wirst mir doch zugeben, daß es eine „sehr große Wahrscheinlichkeit hat“, daß die Wiege der Menschheit in Medlenburg stand und daß dieser Franz von Wendrin kein Schwärmer oder Dummkopf, sondern höchstens ein Plagiator ist, der neu aufwärmt, was Frh. Reuter schon viel besser und vor allem viel humorvoller „festgestellt“ hat. R. B.

Die Ausgrabung der Amoriterstadt. Die Amoriter, ein kanaantischer Volksstamm, erscheinen im alten Testament als die Ureinwohner des heiligen Landes. Die Hauptstadt dieses interessanten Volkes ist jetzt durch den tschechoslowakischen Archäologen Prof. Fr. Hrozny freigelegt worden. Hrozny, der die in Boghaz Köi entdeckten hebräischen Texte entziffert hat, grub bei der Stelle Scheit Soab, die etwa 30 Kilometer nördlich von Deraa liegt. Dort befindet sich ein kolossaler Basaltturm im hebräischen Stil und ein Monolith, der den Namen des Pharao Ramses II. trägt. Die Vermutung, daß hier weitere wichtige Funde gemacht werden könnten, bestätigte sich vollst. Auf der Spitze des Ruinenhügels von Scheit Soab steht ein jetzt verfallenes islamisches Heiligtum, das in Wirklichkeit eine alte Basilita aus der Sasanidenzeit ist. Die Ausgrabungen zeigten, daß dieses Heiligtum auf den Ruinen eines griechischen Tempels erbaut war, der wieder über den Trümmern eines noch älteren amoritischen Heiligtumes errichtet wurde. Der Monolith des Pharao Ramses steht mit diesem Heiligtum im Zusammenhang, und bei seiner vollständigen Ausgrabung zeigte sich auf dem unteren Teil eine Inschrift, die eine Widmung des Pharao an den Gott der Amoriter, „Arten des Nordens“, enthält. Zweifelloserweise errichtete der ägyptische Herrscher dieses Denkmal zu Ehren des Gottes seiner amoritischen Verbündeten, als er vom südländlichen Syrien aus nordwärts marschierte, um das Reich der Hethiter zu erobern. Unter dem Heiligtum liegt ein großes Gebäude, das aus mächtigen regelmäßig behauenen Basaltblöcken gebaut war. Man darf in diesem ausgegrabenen Baumerkmal den Palast der Amoriterkönige von Baschan sehen. Eine Besonderheit dieses Palastes, der in einem Bunde erbaut wurde, wo es sehr viel Hausfein gibt, ist die, daß der Bodenbelag aus großen Ziegeln im babylonischen Stil hergestellt wurde. Das ist ein deutlicher Beweis dafür, daß Baschan nicht nur mit Ägypten, sondern auch mit dem Königreich von Chaldäa in Verbindung stand. Unter dem Boden des Palastes entdeckte Hrozny zwei Kornkammern, in deren einer Körbe mit ganz vertrotteltem Getreide gefunden wurden, das eine Mischung von Weizen mit Gerste zu sein scheint. Die mikroskopische Prüfung dürfte genauer das Korn bestimmen helfen, das vor 3000 Jahren in dieser Gegend wuchs. Unter dem Palast wurden auch drei kleinere Gräber gefunden, in denen man nur auf Sichel mit dem Bild eines Fisches stieß. Die Trümmer von Statuen, die in unmittelbarer Nachbarschaft freigelegt wurden, sind im hebräischen Stil. Danach kann man annehmen, daß die Amoriter unter dem Einfluß der Hethiter und Babylonier standen, aber daß ihr Land nicht direkt von den Hethitern besetzt war. Die amoritische Schrift dagegen weist auf eine Beziehung zu den benachbarten Völkern derselben Rasse hin, zu den Phöniziern, Hebräern und Moabitern.

Bayern und die Reichsbahn.

Die konsequenten Deutschnationalen.

München, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags, der am Dienstag zum erstmalig zusammentrat, beschäftigte sich in nahezu siebenstündigen Erörterungen mit dem Sachverständigen Gutachten und der Frage der

Umwandlung der Reichsbahn

auf Grund des Dames-Gutachtens. Bayern hat dabei beifällig ein besonderes Interesse, da es diese Frage verknüpft mit der Möglichkeit der Rückgewinnung des ehemals bayerischen Eisenbahnnetzes. Die Völkischen redeten einer glatten Ablehnung des Gutachtens das Wort. Anders die Deutschnationalen, die in ihrer Erkenntnis doch schon so weit vorgebrungen sind, daß diese Frage von Bayern aus überhaupt nicht zu lösen ist. Außerdem sind sie in Bayern Regierungspartei und haben sich deshalb mit der Bayerischen Volkspartei auf einen sogenannten Kompromißantrag geeinigt, der die völkischen Anträge abwürgt. Im Namen der bayerischen Regierung umschrieb der Handelsminister von Weinel, der in dieser Frage wiederholt mit den zuständigen Stellen in Berlin verhandelt hat, den Standpunkt der bayerischen Regierung in folgendem Sinne:

Die bayerische Regierung ist der Ansicht, daß ihre Zustimmung nach § 8 des Staatsvertrages über den Uebergang der Staats-Eisenbahnen auf das Reich unbedingt notwendig ist. Die Frage der Zustimmung hat sich seinerzeit der bayerische Landtag zur eigenen Entscheidung vorbehalten, so daß die Regierung von sich aus nicht allein entscheiden kann. Der Reichstanzler hat mir persönlich die Zusicherung gegeben, daß die bayerischen Interessen nicht geschädigt werden sollen. Diese Verhandlung über die materiellen Konzeptionen wird der Reichstanzler selbst in München sobald als möglich mit der bayerischen Regierung führen. Die bayerische Regierung steht daher auf dem Standpunkt, daß in dieser ganzen Frage, die hier zur Erörterung steht, noch nicht das letzte Wort gesprochen werden kann, auch nicht darüber, ob und inwieweit eine Aenderung der Reichsverfassung bei Durchführung des Sachverständigen Gutachtens gegeben ist. Es wird darauf ankommen, ob die Verwaltung der Eisenbahnen nach einer Verwaltung des Reiches, wenn auch nur eine indirekte, genannt werden kann. Wer an verantwortlicher Stelle steht, muß sich daher klar sein, daß Leidenschaft und Zorn schlechte Berater sind, wo es gilt, rein vernunftgemäß über ein verständnisgemäß ausgearbeitetes Gutachten zu entscheiden. Ich verleihe nicht die außerordentlichen, fast unbegreiflichen Fehler, die in dem Gutachten gemacht worden sind. Eine derartige Ueberschätzung der deutschen materiellen und seelischen Leistungsfähigkeit, wie sie im Gutachten gegeben ist, ist schwer begreiflich. Aber wir haben nicht zu wählen zwischen unangenehmen und angenehmen Dingen, sondern nur zwischen dem größeren und dem kleineren Uebel, und wir müssen versuchen, aus dem Gutachten das Beste zu machen. Das Gutachten ist auf jeden Fall zum erstenmal ein Instrument, das für Deutschland günstige Vereinbarungen herbeiführt. Abschließend empfiehlt der Minister, den Koalitionsantrag anzunehmen.

Unter Ablehnung der völkischen Anträge wurde schließlich folgender Antrag der Koalitionsparteien mit wechselnden Mehrheiten angenommen:

1. Der Landtag stellt fest, daß zur Uebertragung des Betriebes der Reichsbahn an eine Konzessionsgesellschaft gemäß § 8 des Staatsvertrages über den Uebergang der Staats-Eisenbahnen auf das Reich die Zustimmung Bayerns und der übrigen Eisenbahnländer notwendig ist.

2. Der bayerische Landtag beschließt, daß, wenn der Gesetzentwurf des Reiches wirklich von einem Verkehrssystem ausgehen sollte, das, wie verlautet, durchaus unrentabel und rein international eingestellt ist und den Lebensinteressen des Reiches sowie den berechtigten Ansprüchen der Eisenbahngläubiger nicht Rechnung trägt, Bayern seine Zustimmung nicht geben darf. Diese Frage wird zur vorläufigen Klärung einem besonderen Landtagsausschuß überwiesen.

3. Die Staatsregierung wird aufgefordert, wenn der Gesetzentwurf zum Vollzug des Gutachtens eine Aenderung von Bestimmungen der Reichsverfassung enthalten sollte,

Der italienische Nordpolflug. Der Abgeordnete Volatelli, der die italienische Nordpolexpedition leiten sollte, erklärte der „Tribuna“, er sei zum sofortigen Aufbruch bereit, wenn das Unternehmen anders organisiert werde, als ursprünglich vorgesehen war. Die Ueberfliegung des Poles könne nicht organisiert werden wie irgendeine andere Expedition, da viele unbekannte Verhältnisse mitspielen. Volatelli bezweifelt, ob der Flug mit den in Pisa gebauten Flugzeugen ausgeführt werden kann, weil diese nach seiner Ansicht nicht die ganze Strecke bis nach Alaska, sondern nur 1800 Kilometer ohne Zwischenlandung zurücklegen können. Nach den Plänen Volatellis müssen die italienischen Flieger ihre Flugzeuge mit einem Polarschiff nach Spitzbergen bringen, um von dort eine möglichst vorgeschobene Basis für den entscheidenden Aufbruch zu erhalten. Die Expedition sollte im Gegensatz zu Amundsens Plan nur mit einem einzigen Flugzeug durchgeführt werden, indem Volatelli nur ein einziges Pilot und ein Maschinist begleiten würden. Die Teilnahme Amundsens hält Volatelli nicht für unerlässlich, da an Bord des Flugzeuges müßte Platz geortet werden. Wenn die Mittel zusammengebracht würden, will Volatelli in der letzten Juliwoch oder spätestens anfangs August aufsteigen.

Eine Schreibmaschine, die durch das gesprochene Wort betrieben wird. Eine Schreibmaschine, die allein durch den Impuls der Stimme in Tätigkeit gesetzt wird, soll jetzt erfunden sein. Ein Mitarbeiter der „Daily News“ schreibt darüber: Ich war bei den Versuchen anwesend, die mit einer Schreibmaschine gemacht wurden, die alles auf ein Papier niederstreift, was man in sie hineinspricht. Diese Maschine erregt das Interesse der ganzen Welt. Viele englische Industrieunternehmen wollen mit dem Erfinder in Unterhandlungen treten, aber er hat schon mit amerikanischen Firmen Verbindungen angeknüpft und befindet sich zu diesem Zwecke in New York. Die Maschine, deren Teile von verschiedenen Fabriken hergestellt wurden, wurde vom Erfinder zusammengefasst und erwies sich als vollkommen brauchbar und den praktischen Zwecken entsprechend. Sie ist allerdings ein wenig kompliziert. Kein Zweifel, daß der Apparat noch Verbesserungen und Vereinfachungen bedarf. Da die amerikanischen Firmen vielleicht zu teuer arbeiten würden, wurden jetzt auch in der Schweiz Versuche gemacht. Eine Berliner Gesellschaft hat ein Modell für 2000 Goldmark konstruiert, und es ist möglich, daß der Erfinder mit deutschen Firmen abschließt. Die ersten Apparate werden vielleicht in 5 oder 6 Monaten in den Handel kommen. Man könnte sie wahrscheinlich schon früher fertigstellen, wenn die Erfindung der verschiedenen Wellpatente nicht einige Monate erforderte.

Der neue General-Intendant des deutschen National-Theaters. Nach Beendigung seiner Erholungsreise ist Dr. Franz Ulrich von Weininger nach Weimar abgereist und am 1. Juni zum Volkstheater-Intendanten im sein Amt eingeführt worden. Die vielfach erörterte Berufung des neuen Intendanten ist damit Tatsache geworden. Neben der Leitung der Weimarer Bühne obliegt ihm vor allem die Durchführung der Theaterplankommission, die in Thüringen dringendes Bedürfnis ist. Dr. Ulrich hat bereits unter der früheren Regierung einen Entwurf dafür ausgearbeitet.

Prof. Naion Ohorn ist im Alter von 78 Jahren gestorben. Aus Thierhaupten in Ostpreußen gehörig, war er Ordensritter geworden, dann aber zum Protektionsritter übergetreten. Aus religiösen Gründen haßte er vielfach die Handlung seiner zahlreichen Romane („Das von Rom“) und Dramen auf.

dann die gegebenen Voraussetzungen für eine verfassungsändernde Gesetzgebung zu erwirken.

Der mit Einschluß der Deutschnationalen gefasste Beschluß setzt die Annahme des Gutachtens voraus. In Bayern sind also die Deutschnationalen als Regierungspartei ebenso unter die Erfüllungspolitiker gegangen wie die Gesinnungsgenossen des Herrn Westarp in Thüringen und Herr v. Brandenstein in Mecklenburg.

Hilfe für die Ausgewiesenen.

Der Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete beschäftigte sich am Dienstag mit den brennenden Fragen, die jetzt dringend der Erledigung harren. In erster Linie muß für die Zurückkehrenden Unterkunft geschaffen werden, nicht minder wichtig ist die Betreuung der Beamten und Arbeiter. Die Reichsregierung und namentlich der für die besetzten Gebiete eingesetzte Reichstagsausschuß sehen sich allerdings in ihrer Arbeit behindert, wenn die französische Militärverwaltung, so wie es jetzt namentlich in Düsseldorf und Wiesbaden geschehen ist, Wohnungen beschlagnahmt. Die Maßnahmen der französischen Regierung bleiben nur halb, wenn nicht die Möglichkeit gegeben ist, für die Zurückkehrenden Unterkunft zu schaffen. Aus dem Grunde hat der Ausschuss einstimmig eine Entschloßung angenommen, in der gefordert wird, daß das Auswärtige Amt

sofort bei der französischen Regierung dahin wirkt, weitere Wohnungsanforderungen im besetzten Gebiet zu unterlassen, weil andernfalls die Rückkehr der Ausgewiesenen durch neue unübersteigliche Schwierigkeiten gefährdet wird. In einer zweiten Entscheidung wird die Reichsregierung ersucht, diplomatische Vorstellungen dahin zu erheben, daß durch

Minderung der Besatzungstruppen

und Beamten erst die Möglichkeit der Rückkehr der bisher Ausgewiesenen gegeben wird. In der Wohnungsangelegenheit wurde nach längerer Aussprache ein Beschluß angenommen, der in wesentlichen Teilen den Antrag der Sozialdemokraten entnommen ist. Es wird gefordert, daß mit ihren Familien ausgewiesene Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches, der Länder und der Gemeinden, soweit nicht ein dringendes Interesse des Dienstes entgegensteht, erst dann zur Rückkehr verpflichtet werden können, wenn ausreichende Wohnung und entsprechende Beschäftigung zugewiesen werden kann. Von der Reichsregierung wird gefordert, daß den Ausgewiesenen, Verdrängten und entlassenen Gefangenen ihre früheren Wohnungen, soweit sie nicht für Zwecke der Besatzung und der Regie beschlagnahmt sind, bei der Rückkehr zur Verfügung gestellt werden. Die Reichsregierung soll Vorkehrungen treffen, daß im besetzten Gebiet freistehende, freizuerwerbende oder durch Beschlagnahme freizumachende Wohnungen in erster Linie den Zurückkehrenden zur Verfügung gestellt werden. Außerdem wird gefordert, daß die im besetzten Gebiet

begonnenen reichselgenen Wohnungsbauten (1500—2000) beschleunigt vollendet werden sollen. Zu der Frage der Betreuung der Arbeiter hatten die Sozialdemokraten einen Antrag gestellt, der fordert:

„Die bereits Zurückgekehrten und noch zurückkehrenden Arbeiter des Reiches, der Staaten und Gemeinden sowie die von der Regie nicht eingestellten und von der Reichsbahnverwaltung am 1. Januar entlassenen Arbeiter, soweit sie keine gleichwertige Beschäftigung gefunden haben, sind nach den vor dem 1. Januar geltenden Grundätzen zu behalten. Die Regelung gilt rückwirkend ab 1. April 1924

Arbeitskonferenz und Achtstundentag.

Die unbegreifliche Haltung der deutschen Regierung.

Die deutsche Regierung hat auf der internationalen Arbeitskonferenz in Genf Erklärungen abgegeben lassen, die auf eine Ablehnung einer internationalen Bindung in der Frage des Achtstundentages hinauslaufen und zu erkennen geben, daß das Reichsarbeitsministerium nicht gewillt ist, das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag zu ratifizieren. Diese Erklärungen beantwortete der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Genosse Thomas, am Ende der Debatte über diese Frage am 26. Juni in einer längeren Rede. Durch die Berichterstattung des Wolff-Bureaus und durch eine amtliche Erklärung der deutschen Regierung zu der Rede von Thomas wurde der Eindruck hervorgerufen, als ob Thomas mit einem Eingriff in die deutsche Souveränität gedroht, als ob er Garantien für die Einhaltung des Achtstundentages gefordert habe, die Deutschland gegen seinen Willen aufgezungen werden sollten. Wir haben bereits in der Besprechung der amtlichen Erklärung des Reichsarbeitsministeriums darauf hingewiesen, daß es mindestens fraglich sei, ob die Erklärungen und die Haltung des Reichsarbeitsministeriums in der Frage des Washingtoner Abkommens — denn darum handelt es sich — in Einklang stehen mit dem Willen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung, ob nicht vielmehr die Mehrheit der Bevölkerung die Bindung durch die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens wolle.

Rummehr liegt uns der vollständige Text der Rede von Thomas vor, und wir stellen fest, daß die deutsche Öffentlichkeit bisher über das, was Thomas wollte und anregte, falsch informiert worden ist. Thomas hat den Gedanken einer Kontrolle entschieden abgelehnt. Indem er feststellte, daß die Ratifikation des Washingtoner Abkommens nicht besteht, die zu einem System der Uebereinkommen und der gegenseitigen Beruhigung hätte führen können, fuhr er fort:

„Die Ratifikationen bestehen nicht, die Gewähr, die in dem System der Uebereinkommen liegt, kann nicht in Kraft treten. Ist es heute möglich, diese Gewähr unter einer anderen Form zu bekommen? Als ich, besorgt über die Wirkungen, die diese einseitige deutsche Entscheidung haben kann, diesen Gedanken hatte, hat man mir unterschieden, ich wolle in Deutschland eine Kontrolle durchzuführen.

Der Vertreter der deutschen Regierung hat sich gegen diese Kontrolle gewandt. Ich verleihe seine Haltung.

Wenn ich dumme genug gewesen wäre, eine Kontrolle vorzuschlagen, eine Art interalliiertierter Arbeitsaufsicht in Deutschland, würde ich die Rückwirkung verstehen, die ich über diesen Gedanken in ihren Reden und in vielen deutschen Zeitungen wahrgenommen habe.

Man erhebt sich in Deutschland gegen die Vielheit der Kontrollen. Ich wiederhole es, ich verleihe diese Haltung.

Aber Sie können die Sache meines Berichtes nicht so auslegen. Ich habe niemals eine internationale Arbeitskontrolle in den deutschen Fabriken verlangt. Das,

mit der Maßgabe, daß alle von da ab empfangenen Unterstühtungen und Lohnzahlungen aufzurechnen sind. Die unter diese Regelung fallenden Arbeiter sind verpflichtet, eine ihrer Fachausbildung entsprechende gleichwertige und nach den geltenden Lohnsätzen ent-schädigte Arbeit auch im Privatdienst anzunehmen. Bedingt die nachgewiesene Arbeitsstelle einen Wohnungswechsel, so ist der verheiratete Arbeiter zur Annahme der Stelle nur dann verpflichtet, wenn eine entsprechende Wohnung nachgewiesen und der Umzug entschädigt wird.“

Der Antrag wurde abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag Quoy angenommen, der fordert, daß die Arbeiter, die mindestens 10 Jahre bei der Reichsbahn beschäftigt waren, entsprechend der Regelung für die Beamten zu behandeln sind. Entsprechend war in dem Antrag gefordert, „langjährig“ beschäftigte Arbeiter. Auf sozialdemokratischen Antrag wurde die Zeit begrenzt. Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der eine für die unteren ausgewiesenen Beamten längst notwendige Regelung endlich in zufriedenstellender Weise herbeiführt. Der Antrag lautet: „Für die aus den besetzten Gebieten ausgewiesenen und die dorthin zurückgekehrten Beamten der Besatzungsgruppe I bis VIII berechnen sich die Beschäftigungstage, die Betreuungs- und Reisefelder nach der Stufe 2 der seit dem 1. Februar 1924 geltenden Verordnung.“ Dieser Antrag wurde angenommen gegen die Deutschnationalen. — Nächste Sitzung Mittwoch.

Abgeschlagener Angriff.

Darmstadt, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Bei der Budgetberatung des Kapitels 19 „Staatspräsident“, brachten die Volkspartei und der Bauernbund Anträge ein, die verlangten, die Ministerialratsstelle im Staatspräsidium, die durch einen Sozialdemokraten besetzt ist, zu streichen. Die Oppositionsparteien bestritten die sachliche und persönliche Eignung des Beamten zu seinem Amte. U. a. führten sie in ihrer Begründung an, daß dieser Beamte deshalb ungeeignet sei, weil er bei einer Veranlassung des heftigen Landtags ein Hoch auf die Republik ausgedrückt und dadurch die Befühle der Andersdenkenden verletzt habe. Weiter erklärte die Opposition, daß ihre Anträge die Bedeutung eines Misstrauensvotums gegen den Staatspräsidenten hätten. Staatspräsident Ulrich stellte fest, daß der Ministerialrat voll und ganz den Anforderungen seines Amtes genügt und er ihn in sachlicher und persönlicher Beziehung durchaus geeignet halte, das Amt zu bekleiden. Das Verhalten des Beamten in bezug auf die Republik lasse ihn gerade persönlich als republikanischen Beamten sehr geeignet erscheinen. Die sachliche Qualifikation zu beurteilen, sei die Opposition nicht in der Lage, da sie keinen näheren Einblick in die Arbeiten des Ministeriums habe. Der Misstrauensantrag wurde am Dienstag mit den Stimmen der Koalitionsparteien, Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum abgelehnt. Für das Misstrauen stimmten die Deutschnationalen, der Bauernbund, die Deutsche Volkspartei und die Kommunisten.

Student und Republik.

Die „Rheinische Zeitung“ meidet:

In einer außerordentlichen Kammer Sitzung der Bonner Studentenschaft in der Universität wurde die Einladung des Genossen Regierungspräsidenten Konrad Haensch zum Deutschen Republikanischen Tag in Königswinter mit großer Mehrheit angenommen, nachdem in scharfer Debatte unsere Gesinnungsfreunde die Notwendigkeit dargelegt hatten, daß die Studenten nicht in „Deutschen Tagen“ gegen das Volk, sondern in „Deutsch-Republikanischen Tagen“, wie 1848, mit dem Volk zu gehen hätten.

was ich sage und aufrechterhalte ist, daß es in der gegenwärtigen Lage, wenn man die Beunruhigung der anderen Völker zerstreuen will, und wenn man ihnen den Eindruck einer wirklichen Sicherheit geben will, unerlässlich ist, eine formelle Verständigung und genaue Abkommen zu treffen, die die Gewähr geben, daß die Ueberarbeit, die für die Reparationen geleistet wird, auch diesem Zwecke dient, und daß die ausnahmsweise und vorläufige Ordnung, von der die Rede ist, nicht länger dauert, als unbedingt notwendig ist.“

Thomas erörterte dann weiter die Frage, ob die Sachverständigen Gutachten eine Begrenzung der Arbeitszeit auf acht Stunden vorsehen. Er behandelte die Frage und führte aus, daß auf dieser Grundlage unter der Teilnahme Deutschlands eine Garantie des Achtstundentages möglich sei. Diese Garantie aber bezeichnete er selbst als unsicher. Die Garantie, die er befürwortete, ist die Ratifikation des Washingtoner Abkommens:

„An dem Tag, wo durch einen gemeinsamen Beschluß Frankreich, England, Belgien, und ich hoffe, trotz der zahlreichen gegenwärtigen Abweichungen auch die Niederlande, ratifiziert haben werden, wird da das große industrielle Land Deutschland noch lange zögern können? Wird nicht auch mit Deutschland das Verhandeln und eine Verständigung möglich sein?“

Die deutsche Regierung hat hier ein wenig unfreundlich klingende Erklärungen abgegeben. Sie hat auf eine solche baldige Verständigung nicht hoffen lassen. Indessen bitte ich mir zu gestatten, daran zu erinnern, daß selbst im deutschen Parlament schon seit Monaten zahlreiche Rundgebungen zugunsten der Ratifikation des Uebereinkommens über den Achtstundentag stattgefunden haben.

Und wird nicht gerade jetzt in Deutschland von einer Volk-

abstimmung über den Achtstundentag gesprochen?

Haben nicht besonders und schließlich die Vertreter der deutschen Arbeiter vor dem Sachverständigenausschuß selbst den Wunsch ausgesprochen, daß das Uebereinkommen über den Achtstundentag ratifiziert werden soll? Nachdem die Bewegung zugunsten der Ratifikation sich steigert, nachdem neue Verhandlungen stattfinden werden, nachdem eine Atmosphäre der Beratung und der Verständigung durch die einstimmige Annahme des Sachverständigen Gutachtens geschaffen wird, sollte es da möglich sein, daß die deutsche Regierung diesem Ruf nicht folgen wird? Ich kann es nicht glauben.“

Nicht darum handelt es sich also, daß Deutschland Garantien ohne seine Zustimmung aufgezungen werden sollen, sondern darum, daß auf der Internationalen Arbeitskonferenz mit Erstaunen und Befremden festgestellt wurde, daß die deutsche Regierung sich einer Verständigung in der Frage der Arbeitszeit enthielt und sich um die Ratifizierung des Abkommens von Washington drücken will. Das sollte die Erklärung des Reichsarbeitsministeriums zur Rede Thomas verbergen.

Gewerkschaftsbewegung

Achtstundentag in England und Frankreich.

Katifizierung des Washingtoner Abkommens geplant.

WTB. meldet aus Paris: Am Montag hat im Arbeitsministerium eine Besprechung zwischen dem englischen Arbeitsminister Tom Shaw und dem französischen Arbeitsminister Goudari stattgefunden, zu der auch der belgische Arbeitsminister eingeladen worden war. Dieser hat aber nicht erscheinen können. In der Beratung nahmen auch die beiden Direktoren des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Albert Thomas und Butler, teil. Der englische Minister kündigte an, daß er dem Parlament bald die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vorschlagen werde. Der französische Arbeitsminister versprach das gleiche.

Diese Ankündigung berührt den deutschen Arbeitsminister offenbar recht unangenehm. Eine spätere Wolff-Redung lautet:

„Havas“ meldet, der englische und französische Arbeitsminister hätten sich bei ihrer Beratung dahin ausgesprochen, daß der Sachverständigenbericht auf dem Gedanken der

Beibehaltung des Achtstundentages

und der gleichmäßigen Belastung aller Industrienationen aufgebaut sei. Der Plan der Reparationszahlungen sei in keiner Weise abhängig von einer Verlängerung der Arbeitszeit.

Hierzu wird uns — dem WTB. — von unterrichteter Seite mitgeteilt: Das Bezeichnende an dieser Meldung ist der Versuch, die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens als eine Voraussetzung des Sachverständigenberichts und seiner Durchführung zu kommentieren, ein Versuch, den Herr Thomas schon auf der gegenwärtig tagenden Arbeitskonferenz in Genf unternommen hat. Schon damals hat die deutsche Regierung darauf hingewiesen, daß der Sachverständigenbericht die Arbeitszeit und das Washingtoner Abkommen überhaupt nicht erwähnt, und daß zur Zeit der Abfassung des Gutachtens bereits die Verordnung über die Arbeitszeit vom Dezember bestand und die längere Arbeitszeit schon seit Monaten in Anwendung war.

Die notleidenden Fleischermeister.

Die „Hirsche“ wollen ihnen helfen.

Zwischen dem Zentralverband der Fleischer und den 16 (sechzehn!) Groß-Berliner Fleischerinnungen fanden Verhandlungen wegen des Neuabschlusses eines Tarifvertrages statt. Die Fleischerinnungen waren schon damit einverstanden, daß die Arbeitszeit unter Wahrung des Achtstundentages in der gleichen Form wie in den Wurstfabriken geregelt würde. Da kam der Reiter des Handwerks, der meistertreue Fleischer-gesellschaft, angezogen dem Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftler und forderte, päpstlicher als der Papst, für die im gewerblichen Betriebe beschäftigten Fleischergesellen die 57stündige Arbeitswoche und für das Ladenpersonal die 54stündige!

Daß die Innungen sich ob dieser braven Leute freuen, versteht sich. Man ging noch weiter: Die Verlängerung der Arbeitszeit forderte man ohne jede Lohnerhöhung. Man beachte: die Löhne sind Wochenlöhne.

Der Zentralverband der Fleischer konnte selbstverständlich auf eine derartige Regelung nicht eingehen, und die Innungen schlossen daraufhin den „Tarifvertrag“ mit dem meistertreuen Bund ab. Noch während die Verhandlungen im Gange waren, jubelten die Innungen in der Fachpresse, daß für Berlin die 54-Stunden-Woche gesichert sei. Vom Zentralverband der Fleischer wurde auch die Anerkennung des partiellen Arbeitsnachweises wie im alten Tarifvertrag, verlangt. Im Kuratorium des partiellen Arbeitsnachweises haben die Innungen auch ihre Vertreter. Die Innungen und die Meister aber wollten auch die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise anerkannt wissen, sowie die Anerkennung des Arbeitsnachweises der Charlottenburger Fleischerinnung, der schon lange nicht mehr zu Recht besteht und von einem Gastwirt, der Sprechmeister der Fleischerinnung ist, innerhalb der Schonfrist ausgetübt wird. Die Meisterstreuen haben ebenfalls einen behördlich nicht anerkannten Arbeitsnachweis und auch der sollte anerkannt werden.

Die Innung wird sich gründlich täuschen, wenn sie glaubt, daß sie nun mit den Hirsch-Dunderschen Meisterstreuen einen „Tarifvertrag“ abgeschlossen hat, der wirtschaftliche Frieden gesichert sei. Der Zentralverband der Fleischer wird diesen Tarifvertrag nicht anerkennen. Zunächst ist der Schlichtungsausschuß angerufen. Das andere wird sich eventuell finden.

Eine Dreifaltigkeit aber ist es, Wehrbarkeit zu verlangen ohne besondere Bezahlung und dann noch zu behaupten, es müßte mehr gearbeitet werden, denn „wir haben doch einen Krieg verloren“. Man beachte die Orgie, die gerade nicht der kleinste Teil zurzeit feiert. Sonntag für Sonntag: Damenpartien, Herrenpartien, Autofahren, fektionen, und innungsweise. Man beachte das Behn dieser Herrschaften an Sonntagen rund um Berlin, ein Behn, das man nicht gerade als Hungerleiderleben bezeichnen kann. Scham ist offenbar nicht die hervorsteckendste Eigenschaft dieser Leute, sonst würde man sich etwas reservierter halten, heute, wo eine Masse Menschen im größten Elende lebt. Daß die Dinge so liegen, beweist, daß der Obermeister Maedel kürzlich die verschiedenen Meister der Innungen mit aller Entschiedenheit ersuchte, dahin zu wirken, daß endlich diese Auswüchse beseitigt würden. Für solche Leute soll man 6 bzw. 9 Stunden umsonst arbeiten! —

Während in anderen Berufen die Konkurse immer mehr answachsen, kennt man Konkurse im Fleischergewerbe seit Kriegs-

beginn fast gar nicht mehr. Es dürften seit zehn Jahren kaum ein Duzend Konkurse vorgekommen sein.

Nicht nur daß die Löhne zurzeit niedriger sind als im Bäcker-gewerbe (bisher waren die Löhne in beiden Berufen fast immer gleich), verlangt man im Ladenfleischergewerbe noch einen Teil Arbeit umsonst, trotzdem die ehrlichen Fleischermeister das Wasser zur Herstellung der Wurst auch nicht höher zahlen als die Bäckermeister.

Buchdrucker!

Der Verband der Deutschen Buchdrucker hält ab Montag, den 1. September d. J. seine zwölfte ordentliche Generalversammlung im Gewerkschaftshaus in Hamburg ab. Die vom Verbandsvorstand veröffentlichte Tagesordnung umfaßt 15 Punkte, die in ihrer Mehrheit von außerordentlicher organisatorischer Bedeutung sind und deshalb das größte Interesse der Mitgliedschaft an diesem Verbandstag voraussetzen lassen. — Inwieweit allerdings der Verbandstag in der Lage ist, schnelle und fruchtbringende Arbeit für die Organisation zu leisten, hängt im wesentlichen von der Beschickung derselben, das heißt von der Wahl der Delegierten ab. Die Delegiertenwahlen sind zurzeit in vollem Gange und werden in Berlin in der morgen stattfindenden Generalversammlung mit der Aufstellung der Delegierten ihren ersten Ausfall haben.

Die von den Delegierten bereits bekanntgegebene vollständige Delegiertenliste läßt keinen Zweifel darüber offen, daß sich die Aufstellung der Delegierten zu einem offenen Kampf zwischen den beiden Richtungen Kassel oder Amsterdam entwickeln muß. Unvorsichtige Äußerungen der Kommunisten deuten darauf hin, daß sie diesen Kampf mit allen bei ihnen beliebten Mitteln zu führen gedenken. Da heißt es für unsere Anhänger, auf dem Posten sein und zu beweisen, daß auch wir diesem Kampf nicht unvorbereitet entgegengehen. Wir erwarten von unseren Delegierten höchste Pflächterfüllung und hoffen, daß keiner in dieser Generalversammlung nachmals hinzureisen und an ihre Pflicht zu erinnern. Bei strengster Pflächterfüllung aller ist der Erfolg auf unserer Seite. — Aber auch nur dann!

Die Gewerkschaftsrichtung Amsterdam, J. A.: Otto Fiedler.

Die Ertrappten haben den „Vorwärts“ ertrappt.

Wenn man der „Welt am Abend“ glauben wollte, gäbe es keine treuere, aufopferndere und waderere Gewerkschaftsmitglieder als die Kommunisten. Allein der Widerspruch zwischen der Pflächterfüllung, die die Gewerkschaftstätigkeit erfordert und den Verpflichtungen, die die kommunistische Partei ihren Anhängern als Gewerkschaftsmitgliedern innerhalb den Gewerkschaften auferlegt, ist derart klaffend, daß jene Darstellung den Stempel der Unaufrichtigkeit an der Stirne trägt. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder die SPD-Gewerkschaftler halten sich an die Satzungen und die satzungsgemäßen Beschlüsse ihrer Gewerkschaft und erfüllen im Sinne und Rahmen der Gewerkschaftsaufgaben ihre Pflicht, dann werden sie von ihrer Partei zur Rechenschaft gezogen, gerüffelt, vermahnt und schließlich ausgeschlossen, oder sie folgen den Parolen und Richtlinien, die die kommunistische Partei für das Verhalten ihrer Mitglieder in den Gewerkschaften aufstellt und müssen in den Versammlungen und Sitzungen der Gewerkschaften derart auftreten, daß sie die Gewerkschaftstätigkeit sabotieren, hindern und hemmen. Eine dritte Möglichkeit ist an die Voraussetzung gebunden, daß die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder die Mehrheit der Mitglieder in der Gewerkschaft bilden und nun im Sinne der kommunistischen Partei diese „Eroberung“ ihrer Gewerkschaft für ihre Partei ausnützen. Dieser Fall ist zum Beispiel der gegabene für die Kommunisten in der Berliner Zahlstelle des Schuhmacherverbandes. Da die SPD-Mitglieder des Verbandes den Kandidaten der kommunistischen Partei als Vertreter aller Berliner Mitglieder des Schuhmacherverbandes zum Verbandstag nicht ihr Vertrauen schenken können, selber jedoch nicht mehr stark genug sind, auch nur einen Kollegen ihres Vertrauens zum Verbandstag zu delegieren, beschließen sie, sich der Stimme zu enthalten. Diesen Beschluß hat der „Vorwärts“ auf Verlangen der SPD-Mitglieder in der Schuhmacherverband auf Ersuchen veröffentlicht. Von einer Spaltung kann dabei keine Rede sein. Der Beschluß ist vielmehr lediglich der Ausdruck einer bestehenden innerlichen Spaltung, die die kommunistischen Parteimitglieder in der Schuhmacherverband dadurch hervorgerufen haben, daß sie die durch und durch gewerkschaftsfeindlichen und gewerkschaftsschädigenden Pläne ihrer Partei in der Gewerkschaft durchzuführen suchten, die einfachsten demokratischen Begriffe zum Schutze der Minderheit als reformförmlich und bürgerlich über Bord werfen und die gewerkschaftlich angelegten Verbandsmitglieder belächeln und sie die kommunistische Macht fühlen lassen. Es kommt freis auf den Zweck der Leitung in diesen Dingen an. Die Zwecke und Ziele der kommunistischen Partei können niemals Zweck und Ziel der Gewerkschaften sein.

Wir haben deshalb den schon an sich unberechtigten Vorwurf einer Spaltungsabsicht der SPD-Mitglieder und deren Förderung durch den „Vorwärts“ im gestrigen Morgenblatt zurückgewiesen, der um so unberechtigter ist, als er von den systematischen Gewerkschafts-polemikern erhoben wurde. Der Vorwurf wird nicht wichtiger und begründeter durch die Wiederholung, die in der gestrigen Ausgabe des genannten Blattes erfolgt. Auch seine Unterstreichung, als bedeute der Beschluß der Wahlenthaltung der SPD-Schuhmachereine „heimtückische Spaltung“, der die — aufopfernde Gewerkschaftstreue“ der Kommunisten gegenübergestellt wird, ändert daran nichts. Wir kennen unsere Pappenhäuter.

Mag die kommunistische Presse die Verteidigung der Gewerkschaften gegen die Absicht der kommunistischen Partei, die Gewerkschaften ihren Parteizwecken dienstbar zu machen und sie ihrer Parteidiktatur unterzuordnen, mit aller List, Schlaubeit, Verschweigung der Wahrheit und illegalen Methoden herunterreißen, so viel sie will und so gut sie kann. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder werden in Verbindung mit allen übrigen nichtkommunistischen Mitgliedern sich gegen die kommunistische Parteiherrschaft über die Gewerkschaften nach besten Kräf-

ten wehren. Und es ist selbstverständlich, daß der

„Vorwärts“ sie darin nach Möglichkeit unterstützt. „Ertrappt“ ist nicht der „Vorwärts“, bei dem es in dieser Beziehung zumal nichts zu „ertrappen“ gibt; ertrappt und an den Branger gestellt sind die Handlungen der SPD, die die Gewerkschaften ihrer Partei ausliefern wollen. Selbst wenn sie es in dem einen oder anderen Falle dahin bringen würden, der SPD den „Apparat“ der Gewerkschaft vollständig auszuliefern, so werden sie ihr damit nicht einen einzigen geschulten und überzeugten Gewerkschaftler ausliefern. Die Gewerkschaften sind nicht in jahrzehntelanger mühsamer und opferreicher Arbeit aufgebaut worden, um der kommunistischen Partei als Werkzeug zu dienen.

Der Bergarbeiterverband an der Spitze.

Bochum, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Knapp-schaftswahlen im Ruhrgebiet lagen bis Dienstagnabend beim Bergarbeiterverband die Ergebnisse aus 537 Sprengeln vor. Es fehlen nur noch 20 kleinere Sprengel, die das Gesamtergebnis nicht mehr beeinflussen können. In den 537 Sprengeln haben Stimmen erhalten: der Deutsche (alte) Bergarbeiterverband 96 060, der Christliche Gewerksverein 49 843, die Unionisten 12 197, die Unionisten Beisitzer 8072, die Unionisten Bochum 30 942, die Hirsch-Dunderschen 2742, die Syndikalisten 1353, die Polen 3198, die Deutschnationalen 27. Dieses Resultat ergibt, daß der alte Bergarbeiterverband, der von rechts und von links in der mächtigsten Weise bekämpft wurde, sich sehr gut geschlagen hat. Er konnte die Position, die er sich 1921 erworben hat, behaupten.

Anwerbung polnischer Arbeiter für Frankreich.

Łódź, 1. Juli. Am 7. Juli werden zwei französische Kommissionen in Łódź eintreffen, die landwirtschaftliche Arbeiter bis zum Alter von 45 Jahren, mehrere hundert ungelernete Fabrikarbeiter sowie Handwerker und Erntearbeiter für Frankreich anwerben werden. In der Łódzger Wojwodschast sind gegenwärtig 61 000 Arbeitslose, wovon auf die Stadt Łódź allein mehr als 46 000 entfallen. Die Textilbranche der Stadt Łódź hat 25 000 Arbeitslose.

Verschmelzung englischer Gewerkschaften.

Die drei Gewerkschaften, National Union of General Workers, Amalgamated Union of Labour und Municipal Employees Association haben beschlossen, sich zu verschmelzen. Der Beschluß wurde bereits organisatorisch durchgeführt. Die neue Gewerkschaft hat über 500 000 Mitglieder.

Achtung, Baulempner! Der Manteltarif ist ohne Aenderung bis zum 31. Oktober 1924 verlängert. Der Stundenlohn für die Woche vom 27. Juni bis 3. Juli beträgt 85 Pf. Die nächste Lohn-verhandlung ist am Freitag, den 4. Juli. Die anschließende Versammlung wird noch bekannt gegeben.

Achtung, Zimmerer! Die zu heute abend einberufene Versammlung der auf dem Boden der Amsterdamer Richtung stehenden Mitglieder der Zahlstelle Berlin des Zentralverbandes der Zimmerer, muß, wie bereits mitgeteilt, infolge der Fortsetzung der Delegierten-versammlung der Zahlstelle vertagt werden. Ort und Zeit der Abhaltung wird noch bekanntgegeben.

Der Tageslohn der Danziger Hafenarbeiter, der bisher 9,60 Gulden betrug, ist auf dem Verhandlungswege auf 10,20 Gulden erhöht worden.

Die belgischen Bergarbeiter sind in den Kohlengruben von Rion du Cour in den Streik getreten, weil die Direktion ihnen den Lohn um 10 Proz kürzte, da sie angeblich in ungünstiger Finanzlage sei. Die Bergarbeiter sind offenbar der Ueberzeugung, daß ihre Lage weit ungünstiger ist als die der Direktion.

Kaler, Ledierer und Antreiber! Mitgliederversammlung am Freitag, den 4. Juli, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24/25. 1. Berichten über künftige Steuern, 2. Diskussion, 3. Taktik- und Arbeitsnachweissachen. — Zahlreiches Erscheinen wird erwartet. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiterverband, Musikinstrumentenarbeiter. Die im Mitgliedsblatt angekündigte Vertrauensmännerversammlung im Reichshofgebot Hof nicht statt. Die Vertrauensleute haben am Donnerstag abend 7 Uhr zu der Versammlung in den Sommerferien.

Zentralverband der Zimmerer! Heute abend 7 Uhr im Saal I des Gewerkschaftshauses Fortsetzung der verlagten Zahlstellenversammlung. Alle Delegierten müssen unbedingt erscheinen.

WVA-Angestellte der chemischen Industrie. Donnerstag, den 3. Juli 1924, abends 7½ Uhr, WVA-Mitgliederversammlung im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten, Belter-Willmann-Str. 7/10, roter Saal. — Berichterstattung und Stellungnahme zu den Verhandlungen über den Manicardtarifvertrag.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Ernst Catenus; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Eckhorn; Kultur: Dr. John Schildmann; Lokales und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: H. Glöde; Familien in Berlin. Berlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, hierzu 7 Beilagen.

Hühneraug' auf Zeh' und Soh' Wirst du los durch Lebewohl!
In Drogerien und Apotheken. Verlangen Sie ausdrücklich „Lebewohl“ mit Filzring.

Koch & Seeland bringen in der Mode das Neueste
Herren-Stoffe „reine Wolle“ 6.— 8.— für Anzüge, Paletots usw. . . Mr.
Damen-Stoffe „neue Farben“ 3.— 5.— für Kleider, Röcke usw. . . Mr.
Sartreudtenstr. 20/21 gegenüber Petrikirche.

Es bedarf keines Augenblicks der Überlegung, um zu erkennen, daß DOTA-RADIO die edelste u. beste 2 Pfg. Zigarette ist!

Berlin an der Panke.

Es gibt Wasserläufe — die Bezeichnung Fluß würde meist ihrer Kleinheit nicht gerecht werden — von denen das Wort gilt: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. Denn sie haben gerade dann, wenn man von ihnen etwas erwarten könnte, nämlich an ihrem Ende, nur Unangenehmes an sich: am Ursprung, in der freien ungebundenen Natur, einfach und bescheiden, wachsen sie sich nicht zu größerer Bedeutung aus, sondern werden gerade durch die Bindung mit dem modernen Moloch, der Großstadt, zur Entäußerung ihres Selbst verurteilt. Das Bächlein ist zu einem schmutzigen Rinnsal geworden, das die moderne Hygiene nicht mehr offen „zum Himmel fließen“ läßt, sondern in unterirdische Kanäle oder jedenfalls verdeckte Laufgräben weiterleitet und in dem großen Strom, dem es nicht klares Wasser zubrachte, aufgehen läßt.

Besser als ihr Ruf.

Das klassische Beispiel ist die Panke, jenes Wasserlein, bei dessen Nennung der Berliner sich unwillkürlich die Nase zuckt. Und doch ist die Panke jetzt, wo Groß-Berlin so viele noch halb ländliche Siedlungen in seine Arme genommen hat, in dem weiteren



Schloss Niederschönhausen

Berliner Umkreis noch immer eine — Schenswürdigkeit, wenigstens für den, der sich die Liebe zur Natur bewahrt hat. Er wird noch heute das im allgemeinen nicht breite und nicht tiefe Flüsslein gern aufsuchen und sich an dem flott dahinströmenden Wasser ergötzen, das noch echter Bächlein Art nicht geradlinig, sondern in laparizos gewundenen Strecken sich dem Auge darbietet. Aber wir sind auch überzeugt, daß die Mehrzahl der Berliner nicht recht „im Bilde“ ist, wenn in diesem Sinne von der „anmutigen“ Panke gesprochen wird:

man hat wohl den Schimmer, daß die Panke von Norden her kommt und irgendwo unterirdisch sich in die Spree hineinbegibt, aber Genaueres ist, zumal wenn man Bewohner des Westens oder Südens ist, nicht bekannt. Es geht mit der Panke wie mit allen Schenswürdigkeiten eines Stadtteils, die Menschen, die in einer anderen Stadtgegend wohnen, kümmern sich nicht darum. Wer kennt den Humboldthain, den Friedrichshain? Hat man Zeit, sich in die Natur zu begeben, so wählt man Treptow oder Schiessentee, wo „Betrieb“ ist, und quersieht sich abends lieber in die Lederfülle der Jüge, die der gebotenen Stärkung durch die Natur sicher abträglich ist.

Schloß Niederschönhausen.

Wer die Panke kennenlernen will, braucht nicht querselben zu laufen, sondern fährt mit der Straßenbahn 51 oder 57 bis Schloß Niederschönhausen, wo ihn der herrlichste Partzauber empfängt. Riesige Bäume, Eichen, Linden, Küstern, bilden schattige Alleen, auf deren Bänken es sich gut ruhen läßt. Vor wenigen Minuten noch die Unrast der Großstadt und jetzt hier eine wohlthuende Stille, nur dann und wann von dem Kreischen der Straßenbahnwagen in der Kurve unterbrochen. Denn wahrhaftig — zur Rechten des Parkes fließt die Panke uns entgegen, bald offen und breiter, bald unter Gebüsch verborgen und durch die Unterwäldungen an den Rändern verengt, daß sie sich in dem engen Bett nicht genügend auszudehnen vermag. Ab und zu springt sie auch in einem Miniaturwasserfall ein paar Zoll tiefer; jedenfalls ist ihre Strömung ganz ansehnlich, und es macht mehr Vergnügen, in ihr klares Wasser hinabzublicken als ähnliches Studium auf die großen Berliner Wasserläufe, die Spree und den Kanal, zu verwenden. Das Schloß, das sich aus ein einfacher vierstöckiger Kasten (Erd- und Obergeschloß) gibt, ist in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts der Schauplatz zweier unblutiger Tragödien gewesen, in denen zwei preussische Könige keine sonderlich schöne Rolle gespielt haben. Friedrich II. „verbannte“ seine ihm aufgedrängene Gemahlin Elisabeth Christine hierher, als er 1740 zur Regierung gelangte, und abgesehen von dem durch den Russeneinfall notwendig gewordenen Aufenthalt der Königin in Magdeburg, hat die vom König so wenig beachtete Frau ihr ganzes langes Leben († 1797) an diesem Orte zugebracht. Im Gegensatz zu dieser Tragödie einer „Dulderin“ war die andere eine solche der Sprengung aller sittlichen Schranken durch die Sinnlichkeit des Nachfolgers, Königs Friedrich Wilhelm II. Im Jahre 1783 war die schöne Julie von Voß Hofdame der alten Königin geworden. Fontane beschreibt sie bei Schilderung ihrer Geburtsstätte, dem nahen Buch, wie folgt: „Eine Schönheit im Genre Tizians, schlank und voll zugleich, von schöner Farbe und feinen Zügen. ... Bei Hofe hatte sie den Beinamen Ceres, sehr wahrscheinlich um des üppigen goldenen Haares willen.“ Diese seltene Schönheit reizte den nicht nur verheirateten, sondern außerdem noch durch seine Liaison mit der Kiege (Gräfin Vichtenau) eigentlich genügend beschäftigten Prinzen und späteren König derart, daß er ständiger Gast bei der alten Königin wurde und schließlich (Mai 1787), nachdem er Herrscher geworden, die Julie zu seiner Nebenfrau machte, welche „Ehe“ auch ein Pörrer einlegnete. Aus den Aufzeichnungen der Oberhofmeisterin Voß, Juliens Tante, sind wir über die in Schloß Niederschönhausen sich abspielenden Vorgänge genau unterrichtet. Die Tante sah auch die Tragödie voraus: Ende 1787 schreibt sie, nachdem Julie den Titel Gräfin von Ingenheim erhalten hatte: „Die Arme schreibt mir, sie fühle sich sehr unglücklich. Die Enke (die Kiege) tut ihr tausend Herzeleid an und hat denselben Einfluß wie früher.“ Anfang 1789 gebar die nunmehrige Gräfin einen Sohn — am 25. März starb sie. Und zwar nicht an Gift, wie man munkelt, sondern an ihrer kranken Lunge. Sie wurde in Buch bestattet. Dem König hatte diese Redebe aber offenbar so gut gefallen, daß er sie später noch einmal mit der Gräfin Dönhoff — wiederholte. Auch eine moralische Episode der preussischen Hohenzollerngeschichte, die nicht in den Schulbüchern steht.

Niederschönhausen-Blankenburg.

Das Umhersehendern im Park hat unsere Füße noch nicht ermüdet — die von der Rückseite des Schlosses ausgehende breite und lange schnurgerade Allee lockt uns zur weiteren Erkundung des Terrains. An der „Strauchwiese“ und mehreren Wirtschaften

vorbei gelangen wir auf die Berlin-Prenzlauer Chaussee, heute auch mit einer Straßenbahn begnadet. Aber jenseits der Chaussee dehnt sich eine neue Welt aus, eine Welt der friedlichen Arbeit, die sich ein ländliches Paradies geschaffen hat. Es ist die Laubenkolonie auf dem Rande des städtischen Rieselfeldes Blankenburg, auch durch die Stettiner Eisenbahn bequem erreichbar. Laube an Laube reiht sich an, zum Teil sogar zur Winterwohnung ausgebaut, umgeben von reichtragenden Obstbäumen, umsäumt von strotzendem Gemüse, schöngepflegten Bäumen. Hier weht eine andere Luft als in dem alten Schloße, das nur ein Leben der Vageweise und des Spieles kannte. Die von hübschen Stadtdor- oder Gitterzäunen eingefassten Fußwege tragen alle Blumenamen: man wandelt in Beskojen-, Reiten-, Goldregenwegen. Dieses Laubengebiet dehnt sich fast bis zum Gutshof hin, dessen Leitung sich ebenfalls dem Obstbau intensiv gewidmet hat, so daß Ernten von 10 000 Zentnern vorkommen. Unser Weg führt uns auf die von der Haltestelle Blankenburg zum Dorf und Gutshof führende Straße, die wir — nach links gebend — zur Rückkehr benutzen. Haben wir die Stettiner Bahn hinter uns, so geht der Weg, ehe er in die bereits genannte Berlin-Prenzlauer Chaussee einmündet, mit einer Brücke über die Panke, die sich hier wiederum als ein liebliches Gewässer präsentiert. „Noch ein Schwan — später ein Schwein“ — so hat ein Korymbler die Spree geschildert; leider paßt diese Charakteristik so auf jeden Fluß, der durch eine Stadt zieht.

Adieu, Schwan Panke! Die Straßenbahnlinie 24 nimmt uns auf: für fünfzehn Pfennig kann der müde Wanderer von Nord-



Partie an der Panke

end bis Schöneberg fahren. Oder mit Umsteigen bis nach dem Brunenwald hinaus. Also viel Geld kostet der Besuch der Panke nicht. ...

21] Die Venus von Syrakus.

Von Clara Rahfa.

Sobald sie eine leicht anpodende Frage stellte, waren die Augen, die sie ansahen, aus Glas. Ganz gleich, war es die Junge, Kengische, oder was es die Alte.

Fortgehen? Unmöglich! Wohin auch? Mut fassen, warten, das war das einzige.

Und so sah sie einen Tag lang in Rosinas bewegtem Hofe, in dem sich bald das ganze Getier wieder einfand. Besser noch hier als in ihrem stummen Zimmer.

Um den Zaun herum schlief Renzo. Von einem Guckloch zum anderen. Er zeichnete, daß ihm die Flamme aus dem Kopfe schlug — doch niemals kam in das wundervolle Anlitz seiner Venus jener Ausdruck von gelassener Ruhe, in deren Tiefe Sühigkeit schimmerte: Göttin — zum heißen Lebensstrom hinordnend. —

Am Abend war er ganz verzweifelt.

Die Formen, ja die Formen konnte er festhalten; gewiß, es war Glück, doch nicht Glücks genug.

Seine erste Vision und dieses Bild am Fenster zu Taormina, das mußte Wahrheit werden, sonst war er weit fort von jener Erfüllung, nach der er mit aller Inbrunst und mit quälendem Ehrgeiz begehrt.

Er lag auf dem Dache und schluchzte, so jämmerlich war ihm zumute.

Doch auch die alte Rosina war unzufrieden. Sie hatte diese Angelegenheit doch wohl nicht recht angefaßt. Sie mußte einmal in jene Kammern ihrer vielen Erinnerungen hineinblicken, in denen noch ein verschleiertes Bild thronte, dorthin zurückkehren, wo alles blutvoll und einfach war, nicht zum unterhaltlichen Auseinandernehmen und Zusammenfügen.

Gab es so etwas oder war alles vertraut, verschüttet? Sie schlief über diesen Gedanken ein, und am anderen Tage kam sie auch erit zum Vorschein, als die Schatten länger wurden.

Da setzte sie sich auf den Erdboden hin, abseits der trüben Königin, nahm eine große gelbe Kasse auf ihren Schoß und begann halblaut davon zu erzählen, wie es war, als sie zum Spinnen in die Klosterschule ging.

Ein halbes Kind noch, fürwahr, doch ein ganzes Herz! Und da sie von sich selbst nicht gar so viel zu berichten wußte, mischte sie allerlei zusammen, was sich daumal zgetragen hatte. Sie kam in ein rechtes, liebes Altfrauen-

plaudern hinein, das so herzlich war, wie ihre kleinen Augen bisweilen blickten konnten, wenn sie zu Ercole oder zu ihrem lieben Getier sprach, denn im ganzen war sie den Menschen nicht mehr sehr zugetan.

Dieses war aber eine gute, fröhlich-warme Stunde, die ihr altes Herz selten hergab, weil so wenige danach gefragt hatten.

Livia vergaß, wo sie war, vergaß Mißtrauen, Unsicherheit, Sehnsucht — sie lauschte in stiller Süßigkeit auf die einfältig-lieben Jugendgeschichten, durch die immerfort seine Fäden liefen, die nichts mit der Spinnstube, aber viel mit einem anderen Rehwerk zu tun haben, das junge Herzen einlängt und seit Menschengebenden gefangen hält.

Livias gelassene, königliche Schönheit war in ihren tiefen, strengen Verborgenheiten zärtlich aufgehellt.

Renzo stand hinter dem Zaune und wuschte ein paar mal schnell über sein Gesicht, während er in brausendem, von Willen gebändigtem Entzücken unaufhörlich arbeitete.

Er war überwältigt von dieser Schönheit, daß er immer wieder seine Tränen hinunterschlucken mußte.

Als er fertig war, wagte er nicht, die Wundervolle, die sich erhoben hatte, länger mit seinen Blicken zu bedrängen, er ging unter den Drangsbäumen dahin, leicht, völlig erlöst, suchte Ercole auf und sagte ihm, er könnte noch in dieser Nacht die Prinzessin zurüdfahren.

„Nun, das habe ich gehofft,“ sagte Ercole gleichmütig, „vor zwei Stunden sind einige Kerle von der Gendarmerie vorbeigaloppiert, unangenehme Patrone, die ich nicht kenne: der Alte ist fähig und sprengt sie über das ganze Land.“

Mit dieser Vermutung hatte Ercole den Nagel auf den Kopf getroffen.

Dem Prinzen war es gar nicht eingefallen, in sanfter Ruhe, gleichsam unterirdisch, nach seinem jungen Weibe zu forschen; er schrie und wütete derartig, daß sein hoffnungsvoller und dienstbesessener Arzt und Beutelschneider resigniert von der Berjüngungskur des hohen Herrn abließ.

Und wirklich wurde der Prinz nunmehr gelb und grün vor lauter Gift und Galle, und seine Talgdrüse nahm bedenkliche Formen an.

In diesem Zustande erreichte er sein Schloß und fauchte einem jeden, der ihm in den Weg kam, eine wüste Beleidigung zu. Die Untersuchung dieser peinlichen Angelegenheit lag nun dieser Stunde an in seinen knöchigen Händen.

Bis in die Nacht hinein hörte man sein keifendes Verhör. Ein jeder war in seinen Augen bestochen und verlogen, und da der Prinz gar so trumm und verschlagen dachte, kam

er gar nicht auf den schlichten Weg, den Livia zwei Abende zuvor gegangen war.

Man sagte ihm zwar gleich, jenes Tor wäre unverschlossen gewesen, wenn auch völlig eingeroßtet, doch er stieß nur höhnische Laute durch seine Nase; es handelte sich natürlich um ein Komplott, um etwas ganz abgeheimt Schlechtes.

Der arme Alte war nie schön, klug oder lebenswürdig genug gewesen, um irgendeinen Vorrat von Sonne im Herzen zu haben, der ihm jetzt geholfen hätte.

Er wütete, bis er allzu müde und zu heißer war — dann trankte er sich in sein Bett hinein wie ein rechter Unhold.

Währenddessen ritten seine Boten und Spione auf allen Wegen, die ihnen gefielen; die meisten sahen in irgendeiner Ofleria und machten eine ergötliche Geschichte aus ihrem Auftragen, denn im Grunde hat es noch keinen Menschen im tiefsten Herzen empört, wenn eine junge schöne Frau einem garstigen Alten davonläuft. —

In dieser Nacht nun klopfte es ungeduldig an Livias Tür, und als sie, halb erschreckt, halb entzückt, öffnete, stand die hübsche Sabina vor ihr und flüsterte hastig: „Die Herrin muß sich schnell anleiden, es droht Gefahr. Alles still und dunkel — und sehr, sehr schnell! Der Wagen steht bereit, ganz wie damals. Haben Sie keine Furcht, Herrin.“ Sie ergriff Livias Hand und küßte sie. Dann lief sie sacht ins Dunkle zurück.

Livia warf hastig ihre Kleider über, glättete ihr Haar und tastete den Flur entlang. Unten umfaßte sie ein Arm — die gute, kleine Josef! — und schob sie vorwärts, nach draußen hin, bis zu dem Wagen.

Ercole schnallte den Gurt des Esels fester, er sah gar nicht auf.

Tief im Schatten hockten Renzo und Mütterchen Rosina. Sie waren betrübt; Livia hatte Glanz in ihr Leben geworfen. Niemand bereute, was er getan hatte.

Nur Niccolò verspürte so etwas wie eine zärtliche Rührung, als er Livia umfaßte. Während er ihr in den Wagen half, der wieder wie ein hübsches, auf der Außenseite mit Obst, Gemüse und Federvieh ausgestattetes Gewölbe war, wahrlich nicht größer als notwendig, um eine schlanke Venus aufzunehmen, sagte er leise, einem plötzlichen Impulse folgend: „Falls Sie einen Brief erhalten haben sollten, Herrin, so sprechen Sie niemals mit einem anderen darüber, als mit dem Schreiber, niemals, vergessen Sie das nicht: es könnte Ihr Verderben sein. Und sagen Sie einem jeden, man hätte sie geraubt — auch später — niemand soll die Herrin schief ansehen.“ (Fortsetzung folgt.)

Der Bürgerblock in Charlottenburg.

Demokratische Wahlhilfe für die Deutschnationalen.

In Charlottenburg findet heute die Wahl eines Vorstehers für das Bezirksamt statt. Infolge der vor kurzem erfolgten Wahl des früheren Bürgermeisters Scholz zum Bürgermeister von Berlin ist die Stelle des Charlottenburger Bürgermeisters zurzeit unbesetzt. Unter diesem (juristisch bürgermeisterlosen) Zustand leiden zwar die Geschäfte des Bezirksamtes nicht im geringsten, sondern sie werden in musterwürdiger Weise vom Stellvertreter des früheren Bürgermeisters, unserem Genossen Paul Hirsch, geführt. Aber der Umstand, daß Hirsch Sozialdemokrat und noch dazu Jude ist, scheint die 28 Bezirksräte und -männer, welche in Charlottenburg in der vereinigten bürgerlichen Fraktion zusammengekommen haben, zu verächtlicher Eile anzuspornen. Unter Führung des Vorstehers der Bezirksverordnetenversammlung Herrn Dettleffen wurden in schleunigstem Tempo alle Vorbereitungen getroffen, um die Neuwahl eines ordentlichen Nachfolgers für Scholz noch vor den Ferien zu vollziehen. Unser Verlangen, die Wahl bis zur endgültigen Erledigung des Abbaus von Kommunalbeamten in Groß-Berlin zu vertagen und die Stelle auszuschreiben, wurde unter den nichtigen Vorwänden abgelehnt und gleichzeitig beschloffen, den früheren Charlottenburger Stadtrat, jetzigen Bürgermeister von Wilmersdorf, Herrn Augustin zur Wahl als Bürgermeister in Charlottenburg vorzuschlagen. Wer gegungen war, die Vorgänge in unmittelbarer Nähe zu beobachten, konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die ganzen Vorbereitungen überflüssiges Theater waren und der Borschlöß Augustin eine zwischen den Bürgerlichen längst abgeklärte Sache war. Augustin, der stramm deutsche nationaler Mann, wurde schon damals für den Fall, daß Scholz Bürgermeister von Berlin wird, von den Charlottenburger Reaktionsären auf den Schild erhoben. Das Widersichliche an der ganzen Sache ist, daß die Charlottenburger Demokraten unter Führung ihres Vorstehenden Syndikus Renner bei diesem Spiel Handlangerdienste leisteten. Zwar ist das kleine demokratische Charlottenburger Fähnlein, welches mit den vier Wirtschaftsparteien zusammen 13 Kämpfer zählt, wegen der Bürgermeisterwahl in drei Richtungen gespalten, aber was hilft es, ihr vorführender Regier hat die Erklärung abgegeben, daß die Demokraten für den Deutschnationalen Augustin stimmen werden. Die Demokraten haben nicht einmal den Mut gehabt, einen geeigneten Mann aus ihrem Lager vorzuschlagen. Dagegen haben sie gegen unseren Kandidaten Genossen Hirsch Stellung genommen, dessen umfassende Kenntnisse auf kommunalen Gebieten von keiner Seite auch nur angezweifelt wurden. Keiner von den in der Kommune tätigen Männern, auch Augustin nicht, kennt die Verhältnisse in Charlottenburg so gründlich wie Hirsch, der am 1. Januar 1925 drei Jahrzehnte lang an weißer sichtbarer Stelle in der Kommune Charlottenburg unter Anerkennung von Freund und Feind gearbeitet hat. So wird allem Anschein nach die Reaktion in Charlottenburg einen frei gewordenen Posten, der auf Grund der Stärkeverhältnisse der Linken gehört, für sich erobern. Daß dieses Ergebnis auf so billige Weise nur erreicht werden kann durch Fahnenstich der Demokraten, das ist das Besühmende dabei.

Am Montag fand die Bezirksversammlung vom Wedding, die am letzten Mittwoch durch die Sabotage der Deutschnationalen verortet werden mußte, und in der am Schluß der Stadtverordnete Dörr verhaftet wurde, ihre Fortsetzung. Obwohl die Tagesordnung nur unwichtige Gegenstände enthielt, hatten die Kommunisten ihre Mannen ausgesendet, welche die Zuhörertribüne voll besetzten. So war nun der Resonanzboden geschaffen zu Protestaktionen gegen die Verhaftung Dörrs. Obwohl Herr Dörr wieder einhaftet war, benutzten die Kommunisten die Versammlung, um ihr Schimpfgesekel aufzumachen. Sie beantragten Besprechung der Vorgänge in der letzten Versammlung, ohne auch nur einen positiven Antrag zu stellen, erlangen sich in Schimpfereien gegen die Staatsanwaltschaft, die Behörden und nicht zuletzt gegen unsere Partei, die selbstverständlich an allem Schuld ist. Herr Stadtverordneter Dörr trat zuerst in eigener Person auf und meinte schließlich, man müsse der Polizei dankbar sein, daß sie in den Saal eingedrungen und ihn verhaftet hätte. Unsere Genossen wiesen die Schimpfereien kurz zurück und betonten insbesondere, daß die Schimpfung der Kommunisten, unser Genosse Weide hätte bei der Verhaftung Dörrs die nötige Vorkehrung getroffen, eine kommunistische Erfindung sei. Vom Bürgermeister wurde festgestellt, daß der Vorstehende der Versammlung mit ihm gemeinsam kurz nach der Verhaftung Dörrs sich dahin schlüssig geworden seien, wegen der Verhaftung im Sitzungssaal ganz entschieden Beschwerde beim Minister des Innern einzulegen. Dem wurde von keiner Seite widersprochen und nur von unseren Genossen wurde festgehalten, daß die Kommunisten keinen positiven Vorschlag gemacht hätten. Die Tagesordnung selbst wurde in wenigen Minuten erledigt, die Kommunisten benutzten die Gelegenheit, um zum Schluß wieder einmal die Internationalen zu mißbrauchen und alle drei Strophen in der Versammlung zu singen. Man sieht, den Kommunisten ist es nur um kleine Ständchen zu tun, und nach und nach bringen sie es darin zur Meisterhaft.

„Deutsche in Persien“. Zu dieser Notiz in Nr. 294 teilt uns der Generalbevollmächtigte der „Geopopers“ (Gesellschaft zur Rohstoffförderung in Persien m. b. H.), die Herren Dettlef Schmude mit der Mitteilung einer Borexpedition beauftragt hat, folgendes mit: Die hundert von Zufahrt, die die „Geopopers“ bekommen hat, sind sämtlich zurückgestellt worden. Die Schmude'sche Expedition befindet sich zurzeit in Erzerum, also kurz vor der persischen Grenze und ist überhaupt in Persien noch nicht eingetroffen. Die in Persien angekommenen Deutschen haben mit unserem Unternehmen nichts zu tun, wobei dahingestellt bleiben soll, ob nicht von interessierter Seite diese Ausreise veranstaltet wurde, um eine eventuelle deutsche Siedlung gleich von vornherein zu diskreditieren.

Keine Wohnlauben in den Bezirken 1-6. Nachstehende Bekanntmachung wird in der nächsten Nummer des „Gemeindeblattes“ am Sonntag den 29. Juni 1924, veröffentlicht: Auf Grund des § 2 der Polizeiverordnung über die Errichtung von Wohnlauben vom 26. Juni 1923 wird in dem Gebiet, das die Verwaltungsbereiche 1-6 umschließt, die Errichtung von Wohnlauben verboten.

Die Verlosung im Klapp. Bei der am Montag im Klapp stattgefundenen Verlosung sind die Gewinne auf folgende Eintrittskartennummern gefallen: 1. 80740 ein Bierhaus, 2. 70804 ein Weißbierhaus, 3. 14939 ein Speisezimmer, 4. 85807 ein Motorrad, 5. 37392 ein Schrankapparat mit Platten. Die Besitzer dieser Nummern werden aufgefordert, die Gewinne umgehend im Bureau der Klapp in Empfang zu nehmen.

Vom Notdienst der Berliner Frauen. (Geschäftsstelle: Charlottenburg, Goethestr. 22. Telefon: Steinplatz 906.) Dank dem umfangreichen Verkauf der Erholungskarten-Serien gelangt es jetzt, immer weiteren Kreisen der Berliner Kinder einen Ferien- und Erholungsurlaub zu ermöglichen. Es hat sich nun aber herausgestellt, daß es oft da, wo zwar die Mittel zur Beschaffung vorhanden sind, doch noch an wichtigsten, nämlich der Kleidung fehlt. Es wird deshalb gebeten, die Kleiderkammern nicht nur mit Kleidung für Erwachsene, sondern jetzt, in den Monaten der Schulferien, auch ganz besonders mit Kinderkleidern zu bedenken. Volkstänzerinnen mit der Bitte um Abholung sind wie bisher an die Geschäftsstelle des Notdienstes, Goethestr. 22, zu richten.

Unjüngertour in England, Frankreich, Spanien und Rußland. In den nächsten Tagen richtet die Sprachschule für Proletarier neue Unjüngertour (Wanderunterricht) für Genossen und Genossinnen ohne Vorkenntnisse ein. Anmeldungen bis zum 8. Juli täglich von 6-9 Uhr abends bei G. Ruch, W. 57, Bismarckstr. 6a (nahe Volkshausplatz). Bei genügender Beteiligung werden auch in anderen Stadtteilen Kurse eingerichtet werden. Sprachschule für Proletarier.

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich bei Neumärkchen in Baden. Ein Personkraftwagen fuhr gegen einen Kilometerstein und überschlug sich. Zwei Personen, die bis jetzt unbekannt sind, wurden getötet, vier weitere Personen sind schwer verletzt.

Der Kampf um den Alkohol.

Aus Christiania wird gemeldet, daß das parlamentarische Sonderkomitee sich mit 7 gegen 4 Stimmen für die Aufhebung des Alkoholverbotes ausgesprochen hat. Für die Aufhebung haben die Konfessions- und die Bauernpartei und die Liberalen, gegen die Aufhebung die Arbeiterparteien gestimmt. — Amerikanische Flieger, die Aufnahmen vom Hudson-Fluß machten, stellten das Vorhandensein von zwei Unterseebooten fest, die sich auf dem Fluß in der Nähe von Sing-Sing bewegten. Auf den Platten konnten genau die Besätze der Unterseeboote festgestellt werden. Es kann sich nach Angabe des Marineministeriums nur um Unterseeboote handeln, die nicht der Marine gehören. Man nimmt an, daß sie ein Teil der Spritschmuggelflotte (!) sind.

Schweres Bergwerkunglück in England. In der Grube Stelarton bei Halifax fand eine Explosion statt. 65 Grubenarbeiter konnten zutage gefördert werden, 74 sind noch im Schacht eingeschlossen. Man hofft, sie retten zu können.

Wirtschaft

Die Ergebnisse der Textilenquete.

Vor einigen Tagen veröffentlichten wir den vorläufigen Bericht über die Enquete des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates, die sich mit der Lage und der Preisbildung in der Textilindustrie befaßte. Die darin wiedergegebenen Mitteilungen waren außerordentlich dürftig und entsprachen in keiner Weise den Erwartungen, die die breite Öffentlichkeit mit Recht an eine derartige umfassende Arbeit knüpfen mußte. Statt einer eingehenden mit Einzelheiten belegten Darstellung der Verhältnisse in der Industrie, der Möglichkeiten eines Preisabbaues und der jetzt angemessenen Kollationen brachte die Darlegung der bisherigen Beratungsergebnisse lediglich Feststellungen ganz allgemeiner Art. Infolgedessen erfuhr die Enquete selbst in der bürgerlichen Presse eine scharfe Kritik.

Es scheint nun, daß die Ergebnisse der Untersuchung wenigstens für die amtlichen Stellen doch mehr eingebracht haben, als nach der ungeschickten Veröffentlichung des Reichswirtschaftsrates zu erwarten war. Von amtlicher Seite wird jetzt nämlich folgender Bericht verbreitet:

Die Rentenmarktrechnung hat zum ersten Male nach langer Inflationzeit weiteren Kreisen wieder die Möglichkeit, Vergleiche mit Vorkriegspreisen und Auslandspreisen anzustellen. Dabei mußte der bei Textilien vorhandene Preisunterschied gegenüber den Vorkriegspreisen und auch gegenüber den derzeitigen Auslandspreisen lebhaftige Beunruhigung auslösen. Es war klar, daß ein Vergleich mit Vorkriegspreisen nicht ohne weiteres möglich war, da die Rohstoffpreise auf das zwei- bis dreifache im Weltmarkt gestiegen waren. Immerhin blieben noch erhebliche Preisspannungen übrig. Das Reichswirtschaftsministerium wies auf einen Preisabbau im Rahmen seiner gesamten Kreditpolitik, die den Anreiz zur Erteilung neuer Aufträge verminderte und die Abflutung alter Bestände bewirkte. Weiter wurden gerade für das Textilgebiet Einzeluntersuchungen über die Preisgestaltung veranstaltet, die Kartellpolitik der Textilverbände einer genaueren Kontrolle unterworfen und auf Grund der Ergebnisse auf die beteiligten Kreise eingewirkt. Auch wurden die Einfuhrverbote wesentlich gelockert. Im Rahmen aller dieser Maßnahmen wurde der Reichswirtschaftsrat um Erstattung eines Gutachtens über die Textilpreise gebeten in der Absicht, eine unparteiische Untersuchung der Verhältnisse zur Unterstützung der Maßnahmen des Reichswirtschaftsministeriums zu erhalten. Weitergehende Aufgaben waren dem Reichswirtschaftsrat nicht gestellt.

Nachdem der Reichswirtschaftsrat auf die Enquete erwidert war, mußte ihm freie Hand gelassen werden. Er hat sich der Aufgabe mit dankenswerthem Eifer unterzogen und eine große Anzahl von Sachverständigen gebildet. Das Reichswirtschaftsministerium hat durch Teilnahme an den Sitzungen der Kartellverbände mit beizutragen. Im übrigen mußte selbstverständlich dem Reichswirtschaftsrat Selbständigkeit gelassen werden.

Unter den drei möglichen Wegen der Erörterung der allgemeinen Verhältnisse über die Preisbildung, der Untersuchung eines Einzelbetriebes und der Untersuchung der Preise einzelner Artikel hat der Ausschuss den letzteren Weg gewählt. Er hat dabei die Form der kontraktlichen Vernehmung der Sachverständigen angewandt und auch den Sachverständigen des Handels und der weiterverarbeitenden Industrie Gelegenheit zur Fragestellung gegeben.

Der Vorbericht will nur einen Überblick über die bisherige Tätigkeit geben. Das endgültige Gutachten steht noch aus. Dies wird sicherlich noch beachtenswerte Einzelausführungen enthalten. Schon jetzt enthält der Vorbericht manches wertvolle Material. Er stellt insbesondere hin auf die Belastung durch die Höhe der Kapitalzinsen und auf die Wirkung der Steuerbelastung. Dabei dürfte nicht so sehr die Höhe der Steuer an sich, als insbesondere die Art der Erhebung preisverwehrend wirken. Während früher die Steuer im wesentlichen aus den Gewinnen der Unternehmungen gezahlt wurde und nur mittelbar abgewälzt werden konnte, berechnen sich jetzt fast sämtliche Steuern nach dem Umsatz. Dies gilt nicht nur für die Umsatzsteuer, sondern auch für die für die Länder und Gemeinden zur Erhebung gelangende Gewerbesteuer, die Einkommensteuer.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose ..	15,75—18,25	Röstgetreide, lose ..	15,50—17,10
Gerstengrütze, lose ..	14,25—14,75	Kakao, fettarm ..	80,00—95,00
Halterbrot, lose ..	12,75—14,50	Kakao, fettentölt ..	90,00—110,00
Halbgrütze, lose ..	15,50—16,25	Tea, Souchon, gepackt ..	350,00—430,00
Roggenmehl 01 ..	10,50—12 01	Tea, indischer, gepackt ..	425,00—500,00
Weizenmehl ..	16,50—17,75	Inlandszucker basis met. ..	32,00—34,00
Hartweizen ..	21,50—24,50	Inlandszucker Raffinade ..	34,00—36,00
70% Weizenmehl ..	12,50—13,75	Zucker Wärtel ..	39,00—42,00
Weizen-Auszugsmehl ..	15,00—21,00	Kunsthonig ..	27,00—35,00
Speiseerbsen, Viktoria ..	12,25—14,75	Zuckersirup hell in Elm. ..	35,00—43,00
Speiseerbsen, kleine ..	8,75—11,75	Speisesirup dunkl. in Elm. ..	25,00—29,00
Bohnen, weiße, 1. erl ..	26,00—29,00	Marmelade, Einf. Erdb. ..	80,00—95,00
Langbohnen, handverles. ..	20,00—29,50	Marmelade Vierfrucht ..	35,00—40,00
Linsen, kleine ..	21,00—27,50	Pflaumenmasse in Eisern ..	37,00—40,00
Linsen, mittel ..	20,00—26,00	Steinsalz, Iose ..	3,10—3,70
Linsen, groß ..	20,00—26,00	Steinsalz, Iose ..	4,00—4,70
Kartoffelmehl ..	18,75—20,50	Bratenschmalz in Tierces ..	65,00—66,00
Makkaroni ..	36,00—42,00	Bratenschmalz in Kübeln ..	66,50—67,50
Makkaronimehl ..	33,00—35,00	Purelard in Tierces ..	63,50—64,50
Schrotmehl, Iose ..	13,25—15,25	Purelard in Kübeln ..	64,00—65,00
Bruchreis ..	14,00—14,75	Speisetaig in Packung ..	50,00—52,00
Rangoon Reis ..	15,75—17,00	Speisetaig in Kübeln ..	48,00—50,00
Tafelreis, glasiert, Patna ..	23,50—31,00	Margarine, Handelsm. I ..	67,00—
Tafelreis, Java ..	30,00—36,00	desgl. II ..	54,00—57,00
Ringspitz, amerik. ..	80,00—84,00	Margarine, Spezialm. I ..	70,00—
Getr. Pflaumen 90/100 ..	61,00—65,00	desgl. II ..	63,00—65,00
Pflaumen, entsteint ..	50,00—55,00	Margarine III ..	46,00—50,00
Cal. Pflaumen 40/50 ..	65,00—72,00	Molkereibutter, Pässern ..	180,00—182,00
Rosinen in Kisten, Candia ..	70,00—82,00	Molkereibutter in Pack. ..	189,00—
Sultaninen Caraburnu ..	72,00—90,00	Landbutter ..	140,00—145,00
Korinthen, choice ..	70,00—76,00	Auslandbutter in Pässern ..	—
Mandeln, süße Bari ..	143,00—157,00	Auslandbutter in Packg. ..	—
Mandeln, bittere Bari ..	135,00—152,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K. ..	32,50—35,00
Zimt (Cassia) ..	106,00—115,00	Speck, gesalzen, fett ..	62,00—72,00
Kümmel, holländischer ..	85,00—95,00	Quadratkäse ..	18,00—28,00
Schwarzer Pfeffer Singap. ..	95,00—105,00	Tilsiter Käse, vollfett ..	85,00—95,00
Weißer Pfeffer ..	125,00—130,00	Bayr. Emmenthaler ..	150,00—160,00
Rohkaffee Brasil ..	180,00—215,00	Echter Emmenthaler ..	178,00—185,00
Rohkaffee Zentralamerika ..	220,00—285,00	Aust. ungeruck. Condensmilch 4 1/2 ..	19,25—23,00
Röstkaffee Brasil ..	230,00—290,00	Inländische desgl. 4 1/2 ..	16,50—17,50
Röstkaffee Zentralam. ..	300,00—375,00	hol. desgl. Condensm. 4 1/2 ..	26,00—28,50
Malakoffe gepackt ..	—		

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

norauszahlungen usw. Dadurch ist ein unmittelbarer Anreiz gegeben, sie in voller Höhe abzuwälzen, so daß sie von Stufe zu Stufe answachsend wesentlich zur Verwertung des Endproduktes beitragen. Gerade die Textilwirtschaft mit ihren vielfachen Bearbeitungsstufen kann als typisch hierfür angeprochen werden. Wichtig ist auch die Steigerung der Generalunkosten, die man gerade in Ausnutzung der Betriebe, die unproduktiven Arbeiten des kaufmännischen Personals, Steigerung der Handlungsunkosten. Es scheinen hier Verhältnisse vorzuliegen, die doch nach mancher Veränderung erfahren könnten. Im übrigen hat die Enquete viel Material gebracht, das dem Reichswirtschaftsministerium im Rahmen der von ihm ständig vorgenommenen Untersuchungen über die Preislage einer genaueren Revision unterzogen werden wird.

Somit der ergänzende Bericht. Besonders interessant ist die Tatsache, daß man heute ohne weiteres selbst direkte Steuern in den Preis ein kalkuliert und sie so auf die Schultern der Verbraucher abwälzt. Mit anderen Worten, die Unternehmungen zahlen von sich aus überhaupt keine Steuern. Dieses Ergebnis wird festzuhalten sein, besonders auch mit Rücksicht auf die Schutzgelderforderungen der Textilindustrie, die sich in einem noch trübsameren Lichte zeigen.

Im übrigen ist zu fordern, daß der endgültige Bericht wenigstens im Auszug alle wichtigen positiven Ergebnisse der Untersuchung über die Preisbildung der Öffentlichkeit zugänglich macht, damit sich diese ein Urteil darüber bilden kann, welche Textilpreise berechtigt sind und welche noch einen Abbau verlangen.

Reichsbank. Die gedrückte Lage der Reichsbank hat sich nach dem Ausweis vom 23. Juni weiter verbessert. Die Gesamtkapitalanlage verringerte sich um 95,1 Millionen auf 2045,4 Millionen. Damit ist ein außerordentlich starker Rückfluß der Darlehen zu verzeichnen. Im Zusammenhang mit den Veränderungen der Anlagensituation steht ein neuer Rückgang des Zahlungsmittelumschlages. Der Umlauf an Reichsbanknoten nahm um 32,2 auf 891,3 Millionen Goldmark, derjenige an Rentenbankscheinen um 61 auf etwa 1575 Millionen Rentenmark ab. Die fremden Gelder sind insgesamt um 70,1 auf 1071,7 Millionen Goldmark gewachsen. Der Goldbestand weist eine neue Zunahme um 14,2 auf 462,2 Millionen Goldmark auf. Infolge Rückzahlung eines Darlehens im Auslande wurde das dafür als Sicherheit hinterlegte Gold frei, ferner bot sich Gelegenheit, ein Vorkaufkredit im Auslande in Gold umzuwandeln. Das unbesetzte Golddepot bei ausländischen Zentralnotenbanken verstärkte sich dadurch von 16,1 auf 30,3 Millionen Goldmark.

Die Volksfürsorge. Die 11. Generalversammlung der Volksfürsorge fand am 16. Juni 1924 in Sitzungssaal der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg statt. 140 Aktionäre mit einem Kapital von 3 788 000 M. waren vertreten. Den Geschäftsbereich des Vorstandes und des Aufsichtsrats erstattete Geschäftsführer Lesche; er wies darauf hin, daß sich die Volksfürsorge im November 1923 auf Rentenmarkt umgestellt habe. Obgleich ein genaues Bild über den Grad der Umstellung noch nicht vorliegt, konnte doch constat werden, daß sie zu einem hohen Prozentsatz durchgeführt werden würde. Auch das Kaugeschäft beginne sich trotz der erheblichen wirtschaftlichen Hemmungen langsam zu erwidern. Die Generalversammlung genehmigte die Bilanz für das Geschäftsjahr 1923, gewährte die beantragte Entloftung von Vorstand und Aufsichtsrat und genehmigte die Aufstellung der Eröffnungsbilanz per 1. Januar 1924. Das Grundkapital von 5 Millionen Mark wurde auf Grund der Verordnung über Goldbilanzen vom 23. Dezember 1923 im Zusammenhang mit den Durchführungsbestimmungen im Verhältnis von 10 zu 1 berart umgestellt, daß das Grundkapital von 5 Millionen Mark auf 500 000 Goldmark ermäßigt und zu diesem Zwecke der Nennwert einer jeden über 1000 M. lautenden Aktie auf 100 Goldmark durch Umstellung der betreffenden Akte vermindert wird. Entsprechend diesem Beschlusse wurde der § 3 des Gesellschaftsvertrages abgeändert. Die Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrats wurde durch die Wiederwahl der turnusmäßig auscheidenden Mitglieder erledigt.

Tagung der deutschen Auslandshandelskammern. Der Deutsche Industrie- und Handelstag veranstaltet vom 23. bis 25. September dieses Jahres in Berlin eine Tagung der deutschen Auslandshandelskammern. Zum erstenmal werden nach dem Vorbild anderer Länder auch die deutschen Handelskammern und wirtschaftlichen Vereinigungen im Auslande Gelegenheit zum Austausch ihrer Erfahrungen haben. Die in Europa anwesenden Kammern (Barcelona, Budapest, Mailand, Wien, Zürich) werden vollständig vertreten sein. Auch die Teilnahme hervorragender Vertreter der betreffenden Organisationen in Süd- und Mittelamerika und in Ostasien ist bereits gesichert. Die Tagung soll mit einem Begrüßungsabend im Hotel Esplanade eingeleitet werden. Die Verhandlungen werden sich vor allem auf die Organisation der deutschen Auslandshandelskammern, ihre Beziehungen zu den deutschen amtlichen Vertretungen im Auslande und in der Heimat, ihre Stellung zur Errichtung zwischenstaatlicher Schiedsgerichte u. a. m. beziehen.

Wirtschaftskrise auch in Danzig. Die Wirtschaftskrise in Danzig wächst in bedrohlicher Weise. Eine große Anzahl angelegener Firmen befindet sich in derartigen finanziellen Schwierigkeiten, daß ihr Zusammenbruch befürchtet werden muß. Nach noch unbestätigten Nachrichten hat die Bank von Danzig einen größeren Kredit gewährt, der jedoch für die Bedürfnisse des Danziger Wirtschaftslebens nicht genügen dürfte. Am meisten bedroht sind die während der Inflationsperiode neu entstandenen Firmen.

Die Vereinigten Staaten stützen sich auf die Ausfuhr. Ein bedehes Reich der Konjunkturwandelung ist die stark vermehrte Ausfuhr der Vereinigten Staaten. Im Monat April war die Ausfuhr der Vereinigten Staaten mit 334 Millionen Dollar um 5,4 Proz. höher als ein Jahr zuvor. In den abgelaufenen zehn Monaten war sie mit 3,67 Milliarden Dollar um 10,5 Proz. höher als in der entsprechenden Periode vor einem Jahr. In den letzten zehn Monaten ergab sich ein Ausfuhrüberschuß von 693 Millionen Dollar, dreimal so hoch als in den entsprechenden zehn Monaten zuvor. Die Baumwollausfuhr erhöhte sich um 16 Proz., während der innere Verbrauch der Baumwolle wie auch die Zahl der Spinnstühle seit vorigem Jahr um 9,5 Proz. beziehungsweise um 3 Millionen Spinnstühle zurückging. Die Steigerung der Ausfuhr bedeutet nicht wie gewöhnlich verbesserte Konjunktur, sondern im Gegenteil, ihr Abflauen. Während der Zeit der Hochkonjunktur war der innere Markt in einem Maße aufnahmefähig, daß sich die Produktion und der Handel weniger auf die Ausfuhr verlegt hat. Im Jahr 1923 gab es sogar einige Monate, wo sich ganz ungewöhnlich hohe Einfuhrüberschüsse zeigten und die Handelsbilanz dieses Jahres blieb nur infolge des hohen Preises der ausgeführten Baumwolle trotzdem günstig. Nach dem Abflauen der Konjunktur seit Herbst vorigen Jahres nehmen aber auch die Vereinigten Staaten teil an der Jaad nach fremden Absatzgebieten. Sie sind trotz der hohen Löhne in bevorzugter Lage; dank ihres Reichtums können sie bei der Ausfuhr Kredite gewähren, und die hohe Verstristung der Industrie, die einen immer noch sehr großen, durch Zölle geschützten inneren Absatzmarkt hat, gestattet den Verkauf zu Schleuderpreisen nach dem Auslande (Dumping). Für Europa hatte die neue Lage nur den Vorteil, daß in Amerika die Einfach der Notwendigkeit der Wiederherstellung der europäischen Wirtschaft zu wachsen beginnt, damit Europa in die Lage versetzt werde, mehr als bisher von Amerika zu kaufen. Borerst sehen wir aber nicht, daß die Vereinigten Staaten dafür auch Opfer zu bringen bereit wären.

Besser für Berlin und Umgegend. Etwas mürmer bei mäßigen nebligen bis schwüligen Winden. Zunächst noch heiter und trocken, später zunehmende Bewölkung und etwas Regen.
Für Deutschland. Im Osten heiter und trocken, im Westen trübe und Regen.

BEGINN 1. JULI

SAISON

AUSVERKAUF

Zephir für Blusen und Oberhemden Meter **75** Pl.

Bedruckter Voile doppeltbreit Meter **1²⁵**

Bedruckter Crêpe gute Schweizer Qualität, doppeltbreit, moderne Muster Meter **1⁷⁵**

Ein grosser Posten eleganter **Damen-Halbschuhe** **8⁹⁰**

zum Schnüren, Spange und Pampa, in Lackleder, Wildleder sowie braun und schwarz Chevreau, nur mod. Formen, in Grösse 36-40 Paar zum früheren Preis bis 28,00 jetzt Ausverkauf nur Leipziger Strasse und Alexanderplatz

Verkauf nur soweit Vorrat

Bis zur Hälfte

Mengenabgabe vorbehalten

herabgesetzt sind die Preise unserer Waren in bekannt guten Qualitäten

Ein grosser Posten **Damen-Strümpfe u. Herren-Socken** schwarz und mod. Farben

SERIE I **95** SERIE II **1⁴⁵** SERIE III **1⁷⁵**

Selbengriff Pl. Flor... Seldentlor

Vollvoile-Blusen **3⁷⁵** weiss, mit langem Aermel, in Hemdblusenform oder mit Bubikragen und Jabot.....

Kunstseidene Damen-Unterröcke **8⁷⁵** in modernen Farben, mit Säumchen-Volant.....

Reinwooll.Kleiderstoff **2⁹⁵** einfarbig, moderne Farben Meter

Kostüm-Cheviot nur marine, gute Qualität, 140 cm breit Meter **4⁹⁰**

Eolienne Wolle mit Seide 100 cm breit, mit grossem Farbsortiment Meter **5⁹⁰**

Herren-Sporthemd **5⁵⁰** weiss Panama, vorzügl. Qualität, mit Schillerkragen

Ein Posten Krawatten, Selbstbinder in vielen schönen Mustern

SERIE I **75** Pl. SERIE II **1¹⁰** SERIE III **1⁴⁵**

Herren-Regenmäntel **32⁰⁰ 45⁰⁰** a. imgrün, baumw. Covercoatstoffen

Herren-Mäntel **75⁰⁰ 88⁰⁰** aus Gabardine in verschiedenen Farben, mod. Form

Grosse Posten Künstlerdecken **1⁹⁵** in verschiedenen Farben 80 x 80 cm

Rucksäcke mit Regenklappe und starken Traggurten durchweg **45** Pl.

Damen-Gürtel echt Leder geflochten durchweg Stück **15** Pl.

Rüschengummiband **25** Pl. Seide, ca. 65 cm lang Abschnitt

Obergarn **80** Pl. 1000 Meter, 4 faden Rolle

HERMANN

Leipziger Strasse • Alexanderplatz • Frankfurter Allee

Morgenhauben **95 1⁴⁵** in verschiedenen Ausführungen

Hemdenpässen **1⁵⁰** mit Klappelgarn garniert.....

Am 28. Juni, vorm. 11 Uhr, entfällt fasti nach kurzen aber schwerem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere gute, treue, liebevolle Mutter

Berta Lucke geb. Hanck

In tiefem Schmerz zeigen dies, um stille Teilnahme bittend, an

Otto Lucke Kurt Lucke Marg. Lucke Berlin, den 1. Juli 1934, Stolpische Strasse 19

Einkehrung Freitag, 4. Juli, vorm. 11 Uhr, im Krematorium Gerickestrasse.

Die Reisezeit kommt!

Schützen Sie sich vor Schäden infolge von **Feuer und Einbruchsdiebstahl** während Ihrer Abwesenheit durch die

Hausrat-Block-Versicherung auf „Erstes Risiko“

der **Feuersozietät der Provinz Brandenburg** (Vereinigter Land- und Städte-Feuersozietäten)

in Berlin W 35, Am Karlsbad 3 Fernsprecher: Nollendorf 2392-2394

Gemeinnützige amtliche Anstalt. — Gegründet 1719. — Betreibt Gebäude- und Mobilien-Versicherung.

Feuer-Blockversicherung auf „Erstes Risiko“ (einschl. Aufrühr-Brandrisiko) Fertige Scheine in Gold-(Fest-)Mark (1 Festmark = 10/12 Dollar = städtische Risiken)

Für 1- bis 2-Zimmer-Wohnung festgesetzte Haftsomme 5000 Festmark — kosten drei Mark zuzügl. 50 Pf. Porto.

Für 3- bis 4-Zimmer-Wohnung festgesetzte Haftsomme 10 000 Festmark — kosten sechs Mark zuzügl. 50 Pf. Porto.

Für 5- bis 6-Zimmer-Wohnung festgesetzte Haftsomme 15 000 Festmark — kosten neun Mark zuzügl. 50 Pf. Porto.

Volle Deckung bis z. Höhe d. Haftsomme ohne Rücksicht auf den vorhandenen Versicherungswert. Keine Nachschußpflicht. Die obigen festgesetzten Haftsommen reichen erfahrungsgemäss aus, um in Städten Hausratsschäden voll zu decken; es können aber auch mehrere Scheine genommen werden.

Auch Einheitsversicherung — Haftung für **Feuer, Einbruchsdiebstahl und Aufrühr-Brandschäden** auf „Erstes Risiko“ — zu billigen Beitragssätzen. Drucksachen sowie Auskunft kostenlos durch die

Kreisdirektion Berlin W 35, Am Karlsbad 3 Fernruf: Nollendorf 2392-2394 — Geschäftszeit 8 bis 4 Uhr

Nur gültig für die Provinz Brandenburg



Deutsche Feuerbestattungskasse „Flamme“

Versicherungsverein a. G. unter Reichsaufsicht

Geschäftsgebiet: Deutsches Reich, Memelgebiet u. Danzig

Geschäftsstelle: verlegt von Anhaltstr. 6 nach **W 50, Rankestr. 9, I**

Geschäftszeit: wochentäglich 9-4 Uhr Fernsprecher: Bismarck 1916, 1917, 6544

Nach dreimonatiger Mitgliedschaft Rechtsanspruch auf kostenlose Feuerbestattung

Drucksachen kostenlos Kein Kirchenausritt! Der Vorstand: Passow, Vorsitzender

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 0,10 Goldmark. Fertigerdruck Wert 2,20 Goldmark (einschl. 2 fadenbreite Werte). Halbjahrespreis des 1. Wert (inkl. 4,10 Goldmark, inkl. weitere 0,95 Goldmark. Werte mit mehr als 15 Zeilen, inkl. doppelt. Eine Goldmark = 1 Dollar geteilt durch 4,20

Anzeigen, welche für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis spätestens 17 1/2 Uhr nachmittags in der Haupt-Expeditio des Verlags, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Nachher abendmässige von morgens 8 Uhr bis nachmittags 5 Uhr ausserordentlich postfrei.

Verkäufe

125.- Kml. f. 1000 500 Duesenmeter Sand in Mergelmühle, Bohnhofstr. 218, Berlin, Wilmstrasse 68, 30000*

Werkzeugmaschinen, Leinwand, Holzleinen, Einzelteile, Kaffee, Drechseln, etc.

Goldfäden 1 Pfund 2,50 Mark, 100 Stk. 6,50, 100 Stk. 1,50, D. Rand, Große Hamburgerstr. 1.

Wollstoffe, neuere billige Gelegenheits-Kaufmannschaft, Schmiedstrasse 35.

Parzellen a. 2 Morgen, Nähe Hangelberg, zu verkaufen. Anzahlung 250 Mark.

Rappfächer, 2 mal 4000 Ohm mit Doppelböden, verstellbar, vernickelt, 4,50 Mark, beleuchtet 8,75 Mark, elektrische Fächer und Reparatur. Berlin gegen Nachnahme. J. Müller, Berlin, Marienb., Rathausstrasse 6, 30490*

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Herrenmäntel, Damenkleider, Sommerkleider 4,50, Frackkleider 4,00, Knittelkleider 4,50, 5,50, Frackkleider 7,50, 10,-, 12,- usw., entfallende Modellenkleider, Damenmäntel 6,-, Damenmäntel 7,-, Covercoatmäntel 9,-, Staudmäntel 10,-, Alpotenmäntel 13,-, imprägnierte Covercoatmäntel 13,-, Sommermäntel 16,-, 21,-, Modellenkleider 25,-, 29,-, Kleinausschnitt direkt: Westend, Schmelz, Gipsstrasse 25, Bahnhof Strasse.

Wollwaren-Teilzahlung liefert Pelzwarenfabrik Rollis, Alte-Waldenbergs-Strasse 11 I, Nähe Bahnhof Tiergarten, 9-7 geöffnet.

Verleih von Gesellschafts-Anzügen Brunnenstrasse 4.

Einfachhemden, weiß mit Rippe, schwere Qualität 1,95, für Hände und Knöpfe, Begeatus, Kaiser-Wilhelmstrasse 40.

Taschentücher, extrafein, Reichen, Bernstrasse 7.

Seidenmützen, Herrenhüte, Sportmützen, gut und preiswert, im Einzel- oder Mehrfachverkauf 35 (Dreieckspfad). Herzenshüte, erste Qualität, mit Handbefeuchtung 3,75, unzerstört 4,75.*

Garten :: Laube :: Balkon

Wasserpumpen, Erlektro, Reparaturen billig. Pumpenfabrik, Gartenstrasse 78.

Wäsche mit Rohr und Filter zum Selbstauflösen auf Teilzahlung, Gipsstrasse 7, 30290

Möbel

20 Prozent Barzahlung auf alle Waren. Teilzahlung gestattet, kleine Anzahlung. Möbel-Gros, Große Frankfurter Strasse 141, Invalidenstrasse 6, 30618

Verschiedenes

Gewissenhafte Unternehmung, Arbatome Gildesheim, Sülzstrasse 62.

Vertrauensvolle Auskunft Frauen, Mädchen, langjährige Erfahrung, ärztlich geprüft, Wolff, Wiener Strasse 59, letztes Portal, II.

Vertrauensvolle Auskunft Geborne a. D. Verkauf und Versand hygienischer Frauenartikel, Frau Gildesheim, Reichenbergerstrasse 34/35.

Arbeitsmarkt

Stellengesuche

Buchhalter, verheiratet, 40 Jahre alt, firm in allen Bureauarbeiten, sucht Stellung, auch als Vertreter, da schon bereit. Alter Parteigenosse, Aufschreiben an Verwaltungsverwaltung, Göttinger, Schulstrasse 171 bei Wegert von 8-11, 4-6, 76134

Wiederbesitzer, sportlich, feinfühlig, Fachk., Reutlingen, Reuterstrasse 71, 76124

Stellenangebote

Parteigenosse, verheiratet, findet durch Aufnahme von Bestellungen auf ein größeres Werk über Naturheilkunde folgende Beschäftigung, Charlottenburg, Schulstrasse 171 bei Wegert von 8-11, 4-6, 76134

Gebildete An- und Ausbilder für Stein- und Holzarbeiten, hoher Verdienst, Bremerstrasse 48, 76124

Werkstätte für Verkauf von Auto- und Motorfahrzeugen, hoher Verdienst, Reichenbergerstrasse 3, 30615

Lehrmädchen

aus achtbaren Familien für den Verkauf gesucht.

Meldungen von 10-12 Uhr vorm. oder 4-5 Uhr nachm. in uns. Personalverwaltung III. Stock in Begleitung der Eltern oder des Vormundes.

Kaulhaus d. Westens G.m.b.H. Berlin W.50, Tauentzienstr. 21-4

Erstklassige Werkmeister

Vorarbeiter u. gelernte Facharbeiter auf diesem Gebiete werden zum baldigen Eintritt **30%** gesucht.

Bewerbungsschreiben mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften unter B. N. K. 6328 an Althausenstein & Vogler, Berlin NW.6

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Achtung! Vorsitzende der Betriebsräte und Betriebsräte im Aufsichtsrat sowie Mitglieder der Verwaltung!

Donnerstag, 3. Juli, abends 7 Uhr, in der Aula des Sophien-Gymnasiums, Weinmeisterstr. 16/17:

Vortragsabend

Thema: Papiermarktfragen — Geldmarktfragen.

Der Wichtigkeit des Vortrags wegen erwarten wir pünktliches und zahlreiches Erscheinen.

Diese Mitgliedsabend und Ausweis sein Zutritt.

Donnerstag, 3. Juli, abends 8 Uhr, im Sophien-Gymnasium, Weinmeisterstr. 16/17:

Vollversammlung

aller in der Knappindustrie beschäftigten Kollegen und Kolleginnen.

Tagesordnung: Bericht von den Verhandlungen über den Rahmentarif.

Achtung! Achtung! Gruppe VII, Untergruppe 22/23!

Donnerstag, 3. Juli, nachm. 5 Uhr, im Verbandshaus (Stübenhof), Eintrachtstr. 83/85:

Verammlung

Tagesordnung: Wohl der Gruppenleitung.

Die Sitzung der mittleren Verwaltung findet Freitag, den 4. Juli, um 10 Uhr statt.

Die Ortsverwaltung.

Auf Teilzahlung

1/3 Anzahlung Rest in sechs Monatsraten zu Rabattpreisen im Kauf der eleganten gutgehenden

Herrensportkleider

Wäsche, Sportkleider, Sportkleider, mit 2 Hosen, Strümpfen u. Socken, Gamaschen u. Unterhosen, imprägniert, Gamaschen und Socken, Herrenkleider bei Albert Schenk Köpenicker Strasse 127 Hof rechts, kein Tabak, Verkaufsstelle d. guten „Kaiser“-Gummimäntel und Windjacken. Der gefaltete Gegenstand wird sofort bei Erlegung der Anzahlung mitgegeben. Geschäftszeit 9-7 Uhr.

Reform der Parlamentsarbeit.

Von Paul Löbe.

Nicht von einer Reform der guten Sitten oder des parlamentarischen Tones will ich hier sprechen; ob eine solche in diesem Reichstag überhaupt möglich ist, erscheint mir fraglich. Vorläufig spiegelt er die Krankheiten des Volksgemütes wieder, welche die Inflation im ganzen Mittelstande die erschreckende Not der Arbeitslosigkeit in den Arbeiterräumen hervorgerufen hat. Diese äußern sich eben nicht überall in stiller Ergebung, sondern oft in verzweifelter Aufschreien und widerwärtigem Toben. Eine durchgreifende Kur gegen diese Krankheit ist nur durch die wirtschaftliche Sanierung möglich, womit natürlich nichts gegen die Bekämpfung ihrer Symptome, der giftigen Bosheit und der entehrenden Rohheit gesagt werden soll.

Hier aber soll über die Methoden gesprochen werden, unter denen das Parlament seine eigenen Arbeiten am rationellsten vollbringt. Daß die Mühle des Parlaments laut klappert und zu wenig Mehl gibt, ist ein oft wiederkehrender, nicht ganz ungerechter Vorwurf auch gegen den Deutschen Reichstag. Die letzte Ursache dazu liegt vielleicht in der ehemals rein kritischen Stellung der deutschen Parlamente, die weder die Quelle der Regierungsmacht noch die letzte und ausschlaggebende Instanz der Gesetzgebung waren und sich deshalb mehr aufs Rätsonnieren und Parlieren beschränkten. Nach der Umwälzung, als zum ersten Male Volksschichten, denen bisher der Mund verschlossen war — man denke nur an die Beamten — ihrem Schmerz Luft machen konnten, wurde es zunächst noch schlimmer, nicht nur im Reichstag, in allen parlamentsartigen Gebilden.

Aus stundenlangen, wohl vorbereiteten, meist nicht viel Neues enthaltenden Reden wieder zu wirklichen Debatten, lebendigen Auseinandersetzungen und vor allem raschen Entschlüssen zu kommen — das ist das Problem, welches nach der Uebergangszeit die deutschen Parlamente zu lösen haben, und im Reichstag sind die ersten Anläufe dazu genommen, ohne daß die Öffentlichkeit viel davon gemerkt hat, sie steht noch ganz unter dem Eindruck der früheren Langeweile.

Seitdem durch eine neue Geschäftsordnung des Reichstags vom 12. Dezember 1922 die Redezeit auf eine Stunde beschränkt ist, sind diese Dauer überschreitende Reden nur noch in wenigen Ausnahmefällen gehalten worden. Die Zwei- und Dreistundenrede gehört der Vergangenheit an. Dagegen hat sich bald herausgestellt, daß die eine Stunde zur Maximalredizeit wurde, die eine ganze Anzahl Redner nicht mehr in Anspruch nahm. So konnte der neue Reichstag dazu übergehen, für bestimmte Fragen und Spezialgebiete die Redezeit auf dreiviertel Stunden (bei der Debatte über die Not der Landwirtschaft), auf eine halbe Stunde (bei der Aussprache über die Aufwertungsfrage) und auf 20 Minuten (Einführung einer Kommission für Betreuung der Geschädigten aus dem besetzten Gebiet) zu beschränken. Der Reichstag ging sogar noch weiter, er überließ es zum ersten Male den Parteien, innerhalb der Redezeit von 45 Minuten mehr als einen Redner zu Worte kommen zu lassen, also die Rededauer des einzelnen noch weiter zu verkürzen.

Dieser Anlauf zu kurzen Reden ist mehr als eine äußerliche, mehr als eine bloße Zeitersparnis. Er ermöglicht erstens einer viel größeren Zahl von Parlamentariern eine sichtbare und praktische Mitwirkung auch im Plenum des Hauses, was bisher in großen Fraktionen der Hälfte ihrer Mitglieder verlagert blieb. Das löste natürlich ein Gefühl der Unzufriedenheit aus und kann auch ein sachlicher Verlust sein. Die Unzufriedenheit wurde bestärkt, weil nach dem bisherigen Verfahren kleine Fraktionen mit 15 bis 20 Mitgliedern und fraktionslose Gruppen mit einem gleichen Redanspruch jedes ihrer Mitglieder ins Besetzt führen konnten und im Verhältnis sechs- bis zehnmal soviel Anwartschaft auf Mitwirkung im Reichstagsplenum hatten, als die Mitglieder der großen Fraktionen.

Vor allem aber drohten die polemischen Auseinandersetzungen überhaupt zu erstarren. Wer hört sich Tag für Tag viestündige Reden an, ohne zu ermüden? Ganz ausgestorben schien der frisch-fröhliche Redekampf von Mann zu Mann, der höchstens in persönlichen Bemerkungen wieder auflebte, ganz selten aber in den wohlpräparierten sachlichen Reden. Der eigentliche Sinn des Parlaments, der frische Kampf der Geister um den rechten Weg, ging so zum Teil verloren und die langwierigen Reden bildeten auch noch ein Hindernis rascher Entschlüsse. Die sorgfältige Vorbereitung in den Kommissionen allerdings auch während dieser Zeit soll nicht geleugnet werden. In den Kommissionen ruht auch in Zukunft die wesentliche Spezialarbeit, aber es ist verständlich, daß der tüchtige Parlamentarier sich nicht vier Jahre lang in diesem unsichtbaren Oremium vergaben lassen will und daß er seine in den Kommissionen betätigte Fachkenntnis auch bei der letzten Gestaltung des Gesetzes in der Volksversammlung zum Ausdruck bringen will, was nur bei der Beschränkung der Rededauer möglich ist.

Durch eine Zusammenfassung gleichgearteter Gegenstände wird weiter eine starke Konzentration der parlamentarischen Arbeit möglich sein. Auch dazu ist ein erfolgversprechender Anlauf genommen. Am 24. Juni hat das Plenum 8 Anträge, die sich auf politische Rechte, Ausnahmezustand und Amnestie bezogen, besprochen und an die Kommissionen schicken können. Am nächsten wurden 31 Anträge, die Beamtenfragen betrafen, für die Ausschusberatung fertiggestellt, am dritten nicht weniger als 45 sozialpolitische Anträge, die sich mit den Bezügen der Erwerbslosen, der Kriegsveteranen, der Sozialrentner befaßten und nun in rascher Ausschusarbeit ihrer Erledigung zugeführt werden könnten, am vierten Tage wurden 28 Anträge, die die Not der Landwirtschaft, die Rechte der Landarbeiter und den Weinbau betrafen, am Sonnabend schließlich 9 Anträge, die sich auf die Aufwertung bezogen, erledigt.

Ohne äußerliche Geschäftsordnungsänderungen ist also der Reichstag auf dem besten Wege, eine starke innere Konzentration seiner Arbeiten und eine Verlebendigung seiner Debatten herbeizuführen.

Auf diesem Wege muß weitergegangen werden — im Interesse der sachlichen Arbeit des Parlaments wie im Interesse seines Ansehens bei der Bevölkerung. Mit welchen Mitteln hier weitergewirkt werden muß und welches Ziel dabei erreicht werden soll, das zu erläutern sei einem zweiten Artikel vorbehalten.

Etatberatung im Landtag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangt Abg. Dahlem (Komm.) die sofortige Beratung eines kommunistischen Antrags auf Aufhebung des Verbots der „Roten Fahne“. Der Antrag scheitert an dem Widerspruch der Rechten.

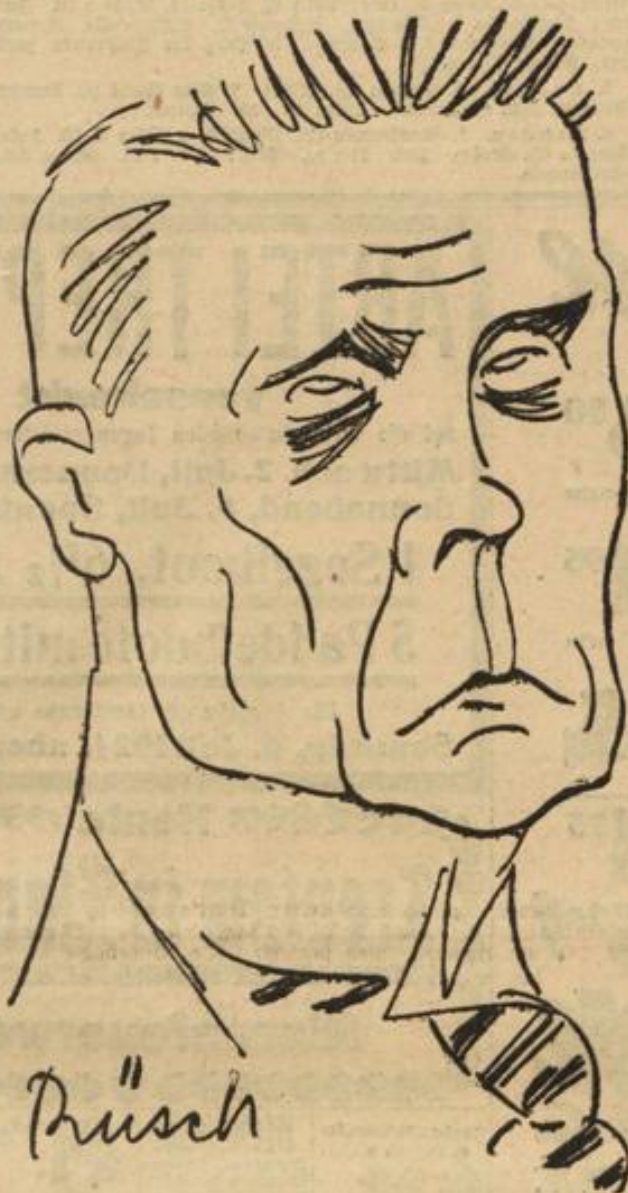
Der Gesetzentwurf über die einseitige Regelung der Kosten für die Verwaltungsbehörden der evangelischen Landestirchen wird ohne Debatte dem Hauptausschuß überwiesen. Die zweite Beratung des

Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung

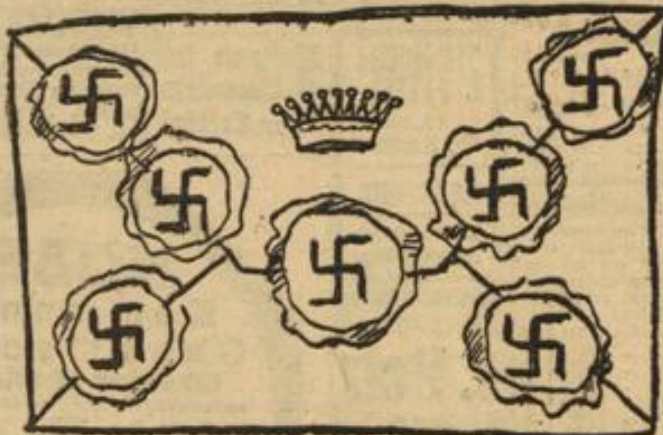
wird dann fortgesetzt.

Abg. Dr. Hager (Ztr.) bezeichnet als das Gebot der Stunde die schleunige Verständigung mit unseren ehemaligen Feinden auf Grund des Sachverständigen-Gutachtens. In dieser

Der Retter Deutschlands.



Das ist der nationalsozialistische Graf Reventlow, der im Reichstag behauptete, er besäße einen geheimen Plan zur Rettung Deutschlands, den er nur unter vier Augen mitteilen könne.



Das ist der Umschlag, in dem der geheime Plan des Grafen Reventlow zur Rettung Deutschlands aufbewahrt ist.

Zeit der wirtschaftlichen Not darf der Wirtschaftskrisen nicht durch Streiks gestört werden. Die Arbeiterschaft einerseits muß sich auch damit abfinden, daß nötigenfalls die achtstündige Arbeitszeit überschritten werden muß. Andererseits muß der bedrängten Lage der Arbeiterschaft Rechnung getragen werden. Die hohen Preise der deutschen Industrieerzeugnisse sind nicht durch zu hohe Löhne verursacht, sondern durch den übertriebenen Steuerdruck und durch eine falsche Eisenbahnpolitik. Der Redner verlangt eine gründliche Vereinfachung des Steuerwesens. Vor allem müßte die Umsatzsteuer in ihrer jetzigen Form beseitigt werden. Bei der Neuregelung der Handelskammer-Organisation dürfe nicht zu rasch in das historisch gewordene eingegriffen werden.

Die Beratung wird hierauf unterbrochen durch die gestern zurückgestellten

Abstimmungen zum Justiz-Etat.

Die Anträge und Entscheidungen des Hauptausschusses werden angenommen. Der kommunistische Antrag auf Amnestie für die mit dem militärischen Ausnahmezustand zusammenhängenden Straftaten wird abgelehnt. Die Kommunisten riefen nach diesem Abstimmungsergebnis den bürgerlichen Parteien zu: „Sie annektieren nur die Wucherer!“

Abg. Brunk (Din.) ersucht die Regierung, den preussischen Einfluß stärker im Reich geltend zu machen, vor allem auf dem Gebiete des Steuerwesens, das einer gründlichen Reform bedürftig. Unter dem Druck der Ricum-Verträge habe die Industrie an

der Ruhr außerordentlich gelitten. Diese Lasten könne die Industrie nicht länger allein tragen. Sehr vertuernd wirke der Zinswucher der Banken, an dem sich leider auch staatliche Institute beteiligen. Diefem Wucher müsse ein Ende gemacht werden. Mit dem an sich guten Institut der Geschäftsaufsicht sei arger Mißbrauch getrieben worden. Die Börsenspekulation mit der Reichsanleihe habe große Erregung erzeugt. Hier müsse der preussische Börsenkommissar regulierend eingreifen.

Abg. Dr. Pinkernell (D. Sp.) schildert die schwere Wirtschaftskrise, die gegenwärtig die Industrie, selbst alte, gefestigte Unternehmungen, bedrohe. Die an Herriots Regierungsantritt geknüpften Hoffnungen sind gestern durch den Ausgang der Ricum-Verhandlungen enttäuscht (!) worden. Die dabei erreichten Wiederrufen decken noch nicht einmal den Verlust durch die letzte Kohlenpreiserhöhung. Auf die Dauer kann der Bergbau nicht allein die schweren Lasten tragen. Das Reich wäre aber gar nicht in der Lage, diese Opfer zu ertragen (!). Die deutsche Industrie hat mehr als jede andere technische Verbesserungen durchgeführt, wenn nicht noch mehr gechehen konnte, so liegt das an der Kreditnot. Der Zwischenhandel muß wesentlich eingeschränkt werden. Der eheliche Kaufmann kann durch die Ausschaltung der Parasiten nur gewinnen.

Abg. Hübner (Dem.) wendet sich gegen die bayerischen Sonderforderungen auf dem Gebiet der Post und Eisenbahn. Der preussische Handelsminister sollte dem Reichsoberkefzerminister den Rücken stärken zur Zurückweisung solcher partikularistischen Forderungen. Ein starkes, ungeteiltes Preußen sei die beste Stütze der Reichseinheit. Eine Vereinfachung des Steuerwesens sei dringend notwendig. Die deutsche Wirtschaft braucht Auslandskredite. Dazu ist aber die Voraussetzung eine innenpolitische Beruhigung, die wird nicht erreicht, wenn man immerfort sogenannte „Deutsche Tage“ veranstaltet, auf denen man mit dem Säbel rasselt und das Rauf aufreißt. Das kann das Vertrauen des Auslandes in die deutsche Wirtschaft nicht stärken. (Sehr richtig! Ants.)

Staatssekretär Dönhoff erklärt, dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft stehe das Handelsministerium mit größter Sympathie gegenüber. Es sei zu hoffen, daß sich die Beteiligten wieder zusammenfinden. In die Kriegaanleihe-Spekulation an der Börse könne der Börsenkommissar nicht eingreifen, so lange keine Unregelmäßigkeiten vorkommen. Der Börsenkommissar habe sich aber mit der Reichsbank in Verbindung gesetzt und

dort die Versicherung erhalten, daß an eine Aufwertung der Kriegaanleihe nicht gedacht sei.

Diese Erklärung habe aber nicht hemmend auf die Kurssteigerungen an der Börse gewirkt.

Abg. Frau Ludwig (Komm.) meint, die schonende Behandlung des Ministers Siering durch die bürgerlichen Parteien sei tennzeichnend dafür, daß die Klassenmoral dieses aus der Arbeiterschaft hervorgegangenen Ministers nicht mehr intakt sei. Die jetzige Wirtschaftskrise widerlege am besten die Voraussagen der Industriellen und Agrarier, die früher die Rettung von der freien Wirtschaft prophezeit. Das Sachverständigen-Gutachten lege ungeheure Lasten auf das deutsche Proletariat. Wenn der Sozialdemokrat Osterroth dieses Gutachten lobte, so habe er damit bewiesen, daß er für einen Ministerposten reif sei. Der brutale Eindruck der Berliner Polizei in die russische Handelsdelegation habe in plumper Weise die für Deutschland so wichtige wirtschaftliche Verbindung mit Rußland gestört.

Abg. Frau Hanna (Sp.) beklagt die Verwirrenheit, die die Arbeitszeitverordnung geschaffen habe. Klare Ausführungsbestimmungen seien dringend notwendig. Die deutschen Gewerkschaften seien niemals für den starren Achtstundentag eingetreten. (Hört! Hört! h. d. Komm.) Die jetzt von den Deutschnationalen geäußerte Sympathie für das Berufsschulwesen komme leider ein halbes Jahr zu spät. Der Name „Fortbildungsschulen“ würde freilich besser sein.

Abg. Altegoer (Ztr.) wendet sich gegen die Verkehrserschwerungen auf den Wegen zur holländischen Grenze. Die Preisprüfungen stellen endlich aufgehoben werden. Handel und Handwerk sind nicht interessiert an übermäßigen Preisen, aber sie sind oft selbst Opfer der übermäßigen Preisforderungen von Trusts und Kartellen. Der Redner verlangt Arbeitsbeschaffung für das Bauhandwerk. Er protestiert gegen die Einrichtung von Verkaufsgroßlagern durch Großunternehmungen und Staatsbetriebe.

Um 6 Uhr wird auf Antrag aus dem Hause die Weiterberatung auf Mittwoch, 11 Uhr, vertagt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 2. Juli:

- 67. Abt. Die Genossen und Beiratsführer werden ersucht, umgehend beim Abteilungsleiter abzutreten.
- 68. Abt. 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Chausseest. 48. Teilnahme aller Genossen an der Mitgliederversammlung des „Reichsbanners“. Gäste können eingeführt werden.
- Jugendgruppen, Gruppe Weik. 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Chausseest. 48. Mitgliederversammlung des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“. Republikaner können als Gäste eingeführt werden.

Morgen, Donnerstag, den 3. Juli:

- 8. Abt. 7 1/2 Uhr bei Widert, Steinmehlr. 34.
- 27. Abt. 7 1/2 Uhr Verhandlung bei Bielef, Steinmehlr. 34.
- 32. Abt. 7 Uhr Funktionskonferenz in der Schule, Lange Str. 11, Zimmer 11.
- 33. Abt. 7 Uhr bei Bolod, Dammstr. 8, Funktionskonferenz. Sämtliche Funktionäre und Betriebsratsvorsitzende erscheinen.
- 34. Abt. 7 Uhr bei Kohn, Gubener Str. 19, Funktionskonferenz.
- 35. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionskonferenz mit den Betriebsratsvorsitzenden und Elternbeiräten bei Dreife, Schreinerstr. 18. Die Mitglieder der Abteilungsleitung treffen sich bereits um 7 Uhr.
- 37. Abt. 7 1/2 Uhr bei Weiser, Dausburgstr. 2, Funktionskonferenz.
- 42. Abt. 7 1/2 Uhr bei Redling, Wasserlocher. 71. Sitzung sämtlicher in der Wohlfahrtspflege tätigen Genossen und Genossinnen. Vortrag des Genossen Gerber über: „Kommunale und Wohlfahrtsfragen“.
- 138. Abt. Reichsbanner-Ort. Abends 7 1/2 Uhr im Jugendheim Soebad Funktionskonferenz. Die Beiratsführer laden ihre Funktionäre dazu ein. Die Mitglieder des Abteilungsverbandes werden ersucht, bereits um 6 1/2 Uhr pünktlich zu erscheinen.

Frauerveranstaltungen am Donnerstag, den 3. Juli:

- 6. Kreis Prenzlauerberg. 7 1/2 Uhr Funktionsinnenkonferenz bei Wolf, Gröfstr. 26.
- 65. Abt. Tempelhof. 8 Uhr erweiterte Vorhandlung im Lokal „Zur Linde“, Friedrichs-Str. 110.
- 141. Abt. Rosenthal. 8 Uhr Funktionsinnenkonferenz im Lokal Frische, Niederstr. 5.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

31. Abt. Am Sonnabend, den 28. Juni, verstarb Genossin Berta Euf. Die Einäscherung findet Freitag, den 4. d. M., früh 11 Uhr, im Krematorium Gerickestraße 90t.

Jugendveranstaltungen.

Anmeldungen zum Ferienaufenthalte (für die Zeit nach dem 15. Juli) im Sandheim in Brandenburg werden noch im Jugendsekretariat, Emdenstr. 3, 2. Hof, 2 Tr., Zimmer 11, entgegengenommen.

Abteilungsmitgliederversammlungen, abends 7 Uhr:

- Kollnseeberg: Jugendheim, Am Kollnseeberg 117. — Friedrichshagen: Jugendheim, Schwanenb. 105. — Friedrichshagen: Jugendheim, Berliner Str. 45. — Reinickendorf: Schule, Woblf. 25. — Kankel: 1. Gemeindefürsorge, Schulstr. 1. — Eichenberg-Weid: Jugendheim, Parkstr. 19. — Eichenberg-Weid: Witzel-Idale, Woblf. 10/12. — Eichenberg: Jugendheim, Woblf. 11A, Zimmer 1A. — Eichenberg: Jugendheim, Woblf. 64/65. — Niederschönhausen: Schule, Berliner Str. 31. — Ostern, E.-B.: Jugendheim, Weichselstr. 10, Eingang Eichenberg. — Reinickendorf-Weid: Jugendheim, Rindhorst, Auguste Viktoria-Platz. — Süd-Ost, R.-O.: Jugendheim, Schule, Glogauer Str. 13. — Tempelhof: Jugendheim, Bismarckstr. 4/6.

